

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die dreispaltige Pettigale oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

Inhalt: Wohlfahrtseinrichtungen. — Von der schweizerischen Maschinenindustrie. — Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. — D. M. W.: Befanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Aus den Agitationsbezirken: Nordwestdeutschland. — Aus dem christlichen Gewerkschaftslager. — Rundschau. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter: Korrespondenzen. — Literatur.

Zur Beachtung.

Bezug ist fernzuhalten:

- von Holzschmieden nach Schwelm (Gordes & Co.) St.;
- von Drehern nach Berlin;
- von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten W. Bittner, Fungler, Schlüpfinger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach Freiberg i. S. (Eisengießerei von Münzner und Schönherr) R.; nach Girschberg (Heine & Seifert); nach Meissen (Meissen-Scheielaer-Eisenwerk, Wollrecht & Co.);
- von Gold- und Silberarbeitern nach München (Hosenau D.); nach Kopenhagen (G. Bentisch);
- von Kesselschmieden nach Bamern (Siller & Jamar) Str. von Klempern nach Hamburg (H.);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Hannover (Steinfeld & Glasberg) U.; nach Girschberg i. S. (Armaturenfabrik von Heine & Seifert) U.; nach Nürnberg (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabrik) M.; nach Paris; nach Pöschel i. Ch. (U. Schöne) M.; nach Turin (Schweiz, Metallw.-Fabr. Gloff & Co.) Str.; nach Warstein in Westfalen (Gabriel & Bergenthal);
- von Metalldruckern nach Fürth (Metallwaarenfabrik Haffelbacher) M.;
- von Metallschlägern nach Nürnberg. D.; nach Lechhausen (D.);
- von Nadelarbeitern nach Chemnitz (Stricknabel-Fabr. May Müller) R. und Mi.;
- von Optischen Industriearbeitern nach Rathenow (Reische & Günther);
- von Schmieden nach Berlin (Wendt & Habicht) Str.;
- von Zingießern nach Nürnberg (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabr.) M.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; U.: Lohnbewegung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Industrie von Rheinland und Westfalen hat sich für diesen Sommer in Düsseldorf ein Monate langes Rendezvous in Gestalt der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung gegeben. Auf derselben haben die großen Industriebarone auch ihre „Wohlfahrtseinrichtungen“ zur Schau gestellt, und ein besonderes Werk von 217 Seiten gibt dazu die näheren Erläuterungen. Die kapitalistische Presse des In- und Auslandes ist unablässig bemüht, in allen Tonarten den Ruhm dieser grenzenlosen und großartigen „Wohlfahrter“ aller Welt zu verkünden, wobei natürlich Krupp die Glanznummer bildet. 27 Millionen Mark — lesen wir in einem Blatte — hat Krupp in den 10 Jahren von 1890 bis 1900 an Beiträgen zu den Versicherungen usw. geleistet. In der That eine imponierende Ziffer. Daß aber Krupp 44.000 Arbeiter und Beamte beschäftigt und so auf jeden derselben durchschnittlich per Jahr nur 61 Mk. entfallen, davon erzählen diese Lobredner nichts. Auch darüber schweigen sie, daß Jahr für Jahr tausende von Arbeitern von Krupp entlassen werden, die zum Theil lange Jahre hindurch in die verschiedenen Zwangs-Wohlfahrtstafeln des Herrn Karnevalkönigs von ihren wahrhaft nicht glänzenden Arbeitslöhnen große Summen an Beiträgen einzahlen mußten, mit ihrer Entlassung von den Krupp'schen Werken aber alle ihre erworbenen Ansprüche verlieren, jedoch auch keinen Pfennig davon wieder zurück erhalten.

Sehr viel blaguirrt (aufgeschwitten) wird mit den von den Industriellen erstellten Arbeiterhäusern. Ach, die ausgestellten sauberen Modelle mögen sich recht nett ausnehmen. Wenn man aber erfährt, daß Krupp bereits für 9300 Mk. die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft schon für 2000

Mark ein Doppelwohnhaus für zwei Arbeiterfamilien erstellen läßt, so daß das einzelne 4850 bezw. 4000 Mk. kostet, so kann man sich auch denken, was für Wohnhäuser, namentlich der Qualität und Solidität nach, das sein mögen. Für 800 bis 900 Mk. liefern Berliner Möbelfabriken geschmackvolle Einrichtung. Als „Wandgemälde“ werden aus illustrierten Zeitschriften ausgeschnittene und in einfache Rahmen gesteckte Bilder empfohlen. Die erforderlichen 800—900 Mk. für das ideale Mobiliar einer Arbeiterwohnung stehen leider nur einer winzigen Anzahl von Arbeitern zur Verfügung; die große Mehrzahl der jungen Arbeiter-Ehepaare muß das bischen Mobiliar auf Abzahlung kaufen, weil die Arbeitslöhne erhebliche Ersparnisse gewöhnlich nicht erlauben und weil die Proletarier beiderlei Geschlechts von ihren proletarischen Eltern keine „Mitgift“ erhalten, wie die Bourgeoisproßlinge.

Wir kennen aber auch die edlen und selbstlosen Motive, aus denen Fabrikanten und Aktiengesellschaften Arbeiterhäuser bauen; denn sie selbst haben es mit aller Offenheit in ihren Geschäftsberichten gesagt, nämlich um die Arbeiter an ihre Unternehmungen zu fesseln, sie an die Scholle zu binden und so in doppelter, in ganzer Abhängigkeit von sich zu erhalten.

Und ebenso verhält es sich mit den meisten anderen „Wohlfahrtseinrichtungen“, wie z. B. mit der Ueberlassung von Kartoffel- und Gemüseland seitens der Unternehmer, mit den mancherlei Fabrik-Unterstützungskassen, mit den Fabrik-Sparcassen, mit den Fabrik-Speiseanstalten, Fabrik-Pensions- und Familien-Krankenkassen, Wittwen- und Waisen-Versorgung, Haushaltungsschulen, Arbeiter- und Arbeiterinnen-Seimen, Heim und Kruppen für Arbeiterfinder, mit den mancherlei Stiftungen usw. Alle diese und andere Wohlfahrtseinrichtungen sind eben so viele Ketten, durch die die Arbeiter an die Unternehmungen geschnitten werden. Vielfach bieten diese Einrichtungen für die Arbeiter auch wirkliche Gefahren in anderen Beziehungen, so die Fabrik-Sparcassen. Insofern — und das ist nicht selten der Fall — damit ein Zwangssystem verbunden ist, wo nach an jedem Zahltag ein bestimmter Prozentsatz vom Lohne als Spareinlage abgezogen wird, haben wir es mit einer ganz unwürdigen Bevormundungs- und Vergevaltigungseinrichtung zu thun. Sodann ist damit dem Unternehmer das billige Argument in die Hand gegeben, mit den Spareinlagen seiner Arbeiter der Welt zu zeigen, welche guten Arbeitslöhne er zahlt, da sie den Arbeitern bedeutende Spareinlagen ermöglichen; ob sie dieselben nicht viel nötiger hätten für den täglichen Lebensunterhalt, bleibt natürlich unerörtert. Bei Konflikten mit den Unternehmern, bei Streiks, kann den Arbeitern die freie Verfügung über ihre Spargelder beschränkt werden; ein boshafter Unternehmer kann ferner die Gelegenheit benützen, für alles Mögliche und Unmögliche Abzüge zu machen und den Arbeiter schwer zu jähzigen, so daß um die Wiedererlangung des jauer verdienten Geldes erst ein aufregender, zeitraubender und kostspieliger Prozeß geführt werden muß. Weiter aber sind die in einer Fabrik angelegten Arbeiter-Spargelder der Gefahr des Verlustes ausgesetzt. Der bisherige Verlauf der Krise hat neuerdings gelehrt, welche völlig verkommenen und verbrecherischen Elemente an der Spitze mancher Unternehmungen stehen. Es sei nur an Tesinden und an die Trebetrodnungsgesellschaft erinnert. „Ehrlich im Handel, christlich im Wandel“ lautete des Ersteren fromm-heuchlerischer Wahlspruch, und dann betrog er seine Kreditgeber usw. um 12 Millionen und verduftete nach Amerika. In einem solchen Falle sind die Arbeiter-einlagen in die Fabrik-Sparcasse vollständig verloren. Das kann aber auch bei einem ehrlichen Unternehmer vorkommen, der durch die bei Anderen erlittenen Verluste zusammenbricht und in Konkurs gerät usw. Sogar ein Fabrikant selbst, der bekannte Jalousiefabrikant Freese in Berlin, äußert in seiner Schrift „Fabrikanten-sorgen“ ernste Bedenken gegen die Fabrik-Sparcassen. Er betont, daß diese Einlagen, wenn sie etwas höher verzinst werden, im Geschäft selbst angelegt werden müssen und dadurch aber den Gefahren jeder solchen Anlage ausgesetzt sind. Er findet daher, daß derartige Guthaben ein besonderer gefährlicher Schutz für den Fall eines Konkurses gewährt werden sollte. Wir finden allerdings noch zweckmäßiger die Unzulässigkeit solcher Fabrik-Sparcassen, um so mehr, da sie auch gar nicht notwendig sind. Wenn der Arbeiter wirklich in der Lage ist, von seinem Arbeitslohn eine Rücklage zu machen, so kann er die paar Mark nach freiem Ermessen in irgend einer gut fundierten und sicheren

öffentlichen Sparcasse oder Bank, so auch in der vollkommenen Sicherheit bietenden Reichsbank, anlegen, wobei er dann noch das völlig freie Verfügungsrecht über seine Ersparnisse hat.

Manche Wohlfahrtseinrichtungen, mit denen immer wieder riesig blaguirrt wird, sind nichts Anderes als unumgänglich notwendige Einrichtungen, die die Verhältnisse des Unternehmens mit sich bringen. Als solche Einrichtungen betrachten wir z. B. Badeanstalten in Fabriken, bei Bergwerken usw., damit die Arbeiter nicht mit dem ganzen Dreck von der Arbeit nach Hause gehen müssen; ferner Speisehallen oder Speisefäle in allen Fällen, wo wegen der weiten Entfernung die Arbeiter zum Mittagessen nicht nach Hause gehen können und sich daher selbst Essen mitbringen oder nachgeschickt erhalten; die Einrichtung des Samariterdienstes im Hinblick auf Unfälle usw. Als sehr begrüßenswerthe Wohlfahrtseinrichtung, die aber leider am wenigsten üblich ist, betrachten wir die Gewährung eines alljährlichen mehrtägigen Urlaubes bei Fortzahlung des vollen Lohnes und zwar während der Sommermonate; ferner die Fortzahlung des Lohnes während der circa 14-tägigen Waffenübung der Reservisten; die Ueberlassung von Brennmaterial zum Selbstkostenpreise; die Gewährung von Unterstützung an Wöchnerinnen aus der Fabrik-Krankenkasse. Im Allgemeinen halten wir für die besten „Wohlfahrtseinrichtungen“ in jedem Betriebe kurze Arbeitszeit, auskömmliche hohe Arbeitslöhne, anständige Behandlung, gesunde Arbeitsräume, genügende Schutzvorrichtungen.

Geradezu komisch berührt es, wenn die Fabrikinspektoren im Abschnitt „Wohlfahrtseinrichtungen“ die Verleihung des „Allgemeinen Ehrenzeichens“ und von „Ehrenbrochen“ an Arbeiter und Arbeiterinnen berichten. Man kann diese Sachen recht hoch schätzen, aber mit der Wohlfahrt der Arbeiterklasse haben sie nicht das Mindeste zu thun, die hängt von ganz anderen Faktoren ab. Bei der Massenverbreitung, welche diese Ehrenzeichen — die Orden für das Proletariat — gefunden haben, gibt es auch zahlreiche Metallarbeiter, die damit gezeichnet sind.

Ein drastisches Beispiel dafür, was die kapitalistische Kreise Alles als „Wohlfahrtseinrichtung“ ansehen, ist die „Kindererbschaftsanstalt“ in Forst i. L., in der „arme Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren durch Gewährung leichter, lohnender Beschäftigung während drei bis vier Stunden des Tages außerhalb der Schulzeit unterstützt (!) und vom Betteln abgehalten werden“. Die Anstalt besteht aus einem großen hellen und luftigen Zimmer im eigenen Hause des betr. Betriebs und sind in demselben Tische und Bänke für ungefähr 50 Kinder aufgestellt. „Diese (zur Zeit 40 Knaben und 10 Mädchen von 8 bis 14 Jahren) werden, so weit sich nicht Arbeit außerhalb der Anstalt, wie Straßentehren, Botenlaufen und dergleichen für sie findet, mit dem Auslesen der pflanzlichen Verunreinigungen aus der Walle und dem Sortiren von Lumpen — es werden nur neue, sogenannte Schneiderlumpen angenommen — für die Tuchfabriken des Ortes unter Aufsicht von halb 5 bis 7 Uhr Nachmittags beschäftigt. Unterbrochen wird diese Arbeitszeit durch eine viertelstündige Pause, in der die Kinder je eine trockene Schnitte Brot (!) erhalten. Von dem verdienten Lohne werden ihnen zwei Drittel monatlich ausbezahlt, oder nach Wunsch verzinslich angelegt, der Rest fließt in die Vereinskasse (!), welcher außerdem Kapitalzinsen, Beiträge von Mitgliedern und freiwillige Geschenke zufließen. Der ausgezahlte Verdienst schwankt zwischen 1 und 4 Mk. monatlich (!). Zu Weihnachten erhält jedes Kind ein Paar Strümpfe und Stoff zu einem Anzuge; den Knaben wird der Anzug gegen Zahlung von 1,30 Mk. (!) auch angefertigt. Außerdem werden etwa eingegangene Geschenke an diejenigen Kinder, die sich am besten geführt haben, vertheilt.“ So im neuesten Berichte des Gewerbe-Inspektors in Frankfurt a. O. Und so was nennt sich „Wohlfahrtseinrichtung“!

Mit der Ausstellung der „Wohlfahrtseinrichtungen“ in Düsseldorf beschäftigt sich in zwei Artikeln auch die „Eisen-Zeitung“. Ihr Geist ist auch derjenige der kapitalistischen Wohlfahrtseinrichtungen, und welcher Geist das ist, zeigt ihr Zweifel an der Zweckmäßigkeit der auf dem Boden der Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam verwalteten Arbeitsnachweise und ihre skeptische Erwähnung der Arbeiter-Organisationen. Dieser Geist ist derjenige des sogenannten „Wohltuollendens Despotismus“ mit einem Wischen für das Volk, aber nichts durch das Volk, zu dem in unverständlichen

Gegenfrage unser Grundsatz, der Grundsatz der politischen und sozialen Demokratie steht:
 Alles für das Volk und Alles durch das Volk!

Von der Schweizerischen Maschinenindustrie.

Im dem jüngst für 1901 von der Züricher Handelskammer veröffentlichten Jahresbericht wird auch in eingehender Weise die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie geschildert, die im Allgemeinen unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise mit ihren internationalen Zusammenhängen sehr unbefriedigend, im Einzelnen aber nie und da doch nicht ungünstig war.

Einen sehr bemerkenswerten Aufschwung erlebte die Dampfmaschinenbranche, die vor der Krise Jahre hindurch mit Aufträgen in reichlichem Maße versehen war und daher eine Erweiterung der Produktionsanlagen wie eine Vermehrung der Arbeiterzahl erfuhr, unter diesen Umständen aber von den Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges und empfindlicher betroffen werden mußte. Vom Beginn des Berichtsjahres an zeigte sich eine stetige Abnahme neuer Bestellungen und gegen Ende des Jahres sei es noch bedenklicher geworden. Nur mit den größten Anstrengungen und oft genug nur durch Annahme drückender Bedingungen mit Bezug auf Preise und kurze Lieferfristen war es möglich, so wird im Berichte ausgeführt, einigemmaßen genügende Beschäftigung anrecht zu erhalten. In Folge dessen trat wiederholt der Fall ein, daß abwechslend in einzelnen Abteilungen die Arbeitszeit vorübergehend mit Überzeit zu arbeiten gezwungen waren, um rechtzeitig nachzukommen. „Die Arbeiterzahl hat sich durch zufälligen Abgang und Nichteinstellen von Ersatz vermindert. Größere Entlassungen sind bis jetzt mit Rücksicht auf die Arbeitererschaft unterblieben.“ Das ist natürlich sehr relativ. In einer Maschinenfabrik mit 3000 Arbeitern mag die Entlassung von mehreren Hunderten in den Augen von Kapitalisten keine große Entlassung sein, für die Betroffenen und ihre Familien aber bedeutet sie eine unermessliche Quelle von Sorge undummer, von zerstörten Plänen und Hoffnungen, von vernichteten Existenzen, von langer Arbeits- und Verdienstlosigkeit, von Noth und Entbehrung. Dabei ist es für den Einzelnen ganz gleichgültig, ob sich mit ihm noch Tausende oder Hunderte oder nur einige Tausende in der gleichen verzweiflungsvollen Nothlage befinden.

Unter solchen Verhältnissen war natürlich an Arbeitskräften kein Mangel, wie der Bericht weiter konstatirt. Und auch Lehrlinge seien stets mehr angemeldet worden, als aufgenommen werden konnten. „Die Arbeitslöhne haben, was Stundenlohn betrifft, auf gleicher Höhe wie im Vorjahre (1900), die Alltagslöhne mußten (?) theilweise reduziert werden.“ Das ist aber wieder nicht die ganze Wahrheit. Es sind auch Stundenlöhne reduziert worden und man hat neuereinstellten Arbeitern niedrigere Löhne gezahlt, als ihre Vorgänger hatten.

Wohl beschäftigt war die Lokomotivfabrik in Winterthur und sie hat auch für das laufende Jahr genügende Aufträge. Dagegen machte sich in derselben Fabrik für den Motorenbau in der ersten Hälfte des Berichtsjahres die allgemeine wirtschaftliche Depression geltend, doch wurde der entstandene Ausfall durch die Bestellung im zweiten Semester wieder gedeckt. Die Erzeugung mit größeren Motoren und Kraftgasanlagen im In- und Auslande sind sehr befriedigend; auch für die kleineren Motoren vermehrt sich der Absatz beständig, so daß in dieser Betriebsabtheilung der Fabrik große Hoffnung gesetzt wird. Weniger günstig seien die Resultate bei der Fabrikation von Halblokomotiven, Automobilen und stationären Maschinen. Die Verflaumung von Aufträgen dieser Art ist bei der durch die wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Geschäftsmüdigkeit allerdings wohl zu begreifen. Erwähnenswerth ist, daß die Fabrik bezüglich der Lokomotivlieferung von den großen nach- und nach in Betracht kommenden Ländern, die für den Export erhebliche Aufträge und sie mußte sogar eine Reihe weiterer Bestellungen wegen zu kurzer Lieferfristen ablehnen. Ueber die Arbeiterverhältnisse wird berichtet, daß sie im Berichtsjahre durchaus gute waren. „Es wurden verhältnismäßig hohe Löhne bezahlt und zudem nicht unerhebliche finanzielle Aufwendungen gemacht für das Wohl der Arbeiter (alleinige Bezahlung der Unfallprämien für Haftpflicht, unentgeltliche ärztliche Klinik im Geschäft, Unterstützungskasse für Nothfälle, Jahresgewinntheilungen mit Berücksichtigung der Dienstdauer, was natürlich noch ein Wohlfahrtsheim mit Bädern, Speiseaal und Speisezimmer usw. umfassen wird).“ Ach, diese „Wohlfahrtsheim“ sind geradezu erdrückend, denn sie laufen immer auf ein Besitztum des Kapitals in der Richtung der Gnade hinaus, wie richtig Marx sagt.

In der Werkzeugbranche haben sich die Verhältnisse dieses Jahr noch verschlechtert. Mangel an Aufträgen führte schon vom März an zu einer bedeutenden Reduktion der Arbeitszeit und der Produktion. Selbst zu den billigsten Preisen, die von vornherein jeden Gewinn ausschließen, konnte man die Kunden nicht veranlassen, Bestellungen zu erhalten. Und wenn irgendwo etwas vorlag, konnte es sich nur um einen einzigen Preis, den den betreffenden Auftraggeber zu erhalten; denn wenn man zwei Preise hätte, so würde man den Preis für den einen Preis, den man zu erhalten, den Preis für den anderen, den man zu erhalten.

Gegen Ende des Jahres besserte sich die Situation wieder etwas. Es gingen einige Aufträge ein, speziell mit kurzer Lieferfrist, so daß mit Dezember wieder der volle Betrieb aufgenommen werden konnte; ob aber diese Besserung anhalten wird, ist ungewiß. Denn wenn auch sowohl in der Baumwoll- als in der Seidenweberei wieder mehr Arbeit vorhanden ist und das Vertrauen in die Zukunft wieder zurückkehrt, so wird doch wohl für die nächste Zeit das Bedürfnis für Neuanstellungen und Vergrößerungen nicht so groß sein. „In den Arbeitslöhnen ist eine Veränderung nicht eingetreten, dagegen ist selbstverständlich das Verhältnis derselben zur Arbeitsleistung bedeutend schlechter geworden.“ Das ist sehr unklar. Man wird nicht Aug heraus, soll damit gesagt sein, daß die Arbeitsleistung die gleiche blieb, aber die Arbeitslöhne zurückgingen, oder daß wegen Mangel an genügenden Aufträgen die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters eine geringere war und demgemäß auch der Verdienst. Offenbar ist die Bemerkung in diesem Sinne gemeint.

Wenig erfreulich sei auch der Geschäftsgang in der Mülเลอร์maschinen-Branche gewesen. Der Absatz der Fabrikate ist hinter demjenigen des Vorjahres zurückgeblieben, das finanzielle Erträgnis unter normal ausgefallen. Die Ursachen liegen einerseits in der durch ungünstige Verhältnisse geschwächten Kaufkraft des Mülเลอร์gewerbes der Schweiz sowohl als des Auslandes, während andererseits der verminderte Export hauptsächlich dem schädlichen Einflusse der Kriege in Südafrika und China zugeschrieben werden dürfte. Leider haben sich die Aussichten für das neue Jahr beim Abschluß der Berichtsperiode nicht sehr gebessert, dagegen darf als sicher angenommen werden, daß die Beendigung des südafrikanischen Krieges einen starken Aufschwung des Exportgeschäftes zur Folge haben wird. „Die Arbeitslöhne sind im Vergleich zu früher im Allgemeinen nicht geändert geblieben.“

Befriedigend war der Geschäftsgang für Eisenbahn- und Straßenbahn-Wagenbau und da die Weiterentwicklung der Verkehrsverhältnisse voraussichtlich für die nächsten Jahre ungeschwächt fortzuwachen wird, so sind auch die Aussichten für die Zukunft günstig. „Wenig erfreulich sind die im Berichtsjahre erzielten Preise. Deutsche Waggonfabriken haben die inländischen Preise arg gedrückt und Bestellungen zu Schlemmerpreisen übernommen; ein belangreicher Auftrag der Rhätischen Bahn (im Kanton Graubünden) ist auf diese Weise ins Ausland vergeben worden. Es scheinen jedoch die betreffenden Fabriken die Unhaltbarkeit eines solchen Verfahrens eingesehen zu haben, wenigstens wird in dieser Beziehung eine merkbare Besserung berichtet.“

In der von der Krise stark ergriffenen Elektrotechnik ist keine Besserung eingetreten. Der Ausbau größerer elektrischer Zentralen und die Anlage von städtischen Straßenbahnen, ebenso die Ausrüstung von Fabriken mit Arbeitsmaschinen und elektrischen Einrichtungen sind zum Stillstand gelangt. „Die Arbeitslöhne haben sich im Ganzen unverändert auf der Höhe des Vorjahres erhalten.“

Günstig war die Geschäftslage für die Akkumulatoren-Fabrikation. Wohl kamen kleinere Aufträge für Fabriken und Willen in geringerer Anzahl zur Ausführung, aber andererseits vermehrten sich die Installationen für städtische Elektrizitätswerke und Tramways, die von den gestiegenen Preisen profitierten. Das zweite Halbjahr 1901 brachte sogar einen erheblichen Mehrumsatz gegen früher. Mit Vorliebe werden rheinischen Metallwerkzeuge, da man bei den hiesigen Hüthen mit Sicherheit auf ein gut raffiniertes Material rechnen kann. „Die Arbeitslöhne sind die gleichen wie früher.“

Auch die Fabrikation elektrischer Heiz- und Kochapparate befand sich in günstiger Lage, da sich deren Verwendung nicht mehr auf die Industrie beschränkt, sondern auch zu gewerblichen, industriellen und hygienischen Zwecken stattfindet. „Wir haben Dampf- und Wassermaschinen so gut wie kleine Inhalationsapparate mit elektrischer Beheizung. Die Konstrukteure finden heute gewöhnlich Mittel und Wege, jede Aufgabe zu lösen, die ihnen auf dem Gebiete der elektrischen Heiztechnik gestellt wird.“ Der technische Fortschritt macht demnach auch während der Krise seinen Weg, ja während derselben erst recht, da Alles versucht wird, die Produktion zu verbilligen und die technische Konkurrenzfähigkeit zu heben und zu stärken. Gewöhnlich sind es auch in allen diesen Fällen die Arbeiter, welche die Kosten tragen, und zwar in der Schweiz, wo die Kapitalisten gerne mit hieb- und kratzenden Manieren auftreten, ebenso wie in Deutschland.

Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefert die große Streik der 1100 Metallarbeiter in der Maschinenfabrik („Kammühle“) von Eger, Böhmen. Die Ursache der Streik, dessen Ursache eine empfindliche Vergrößerung der Löhne durch die Einführung des sogenannten „amerikanischen Systems“ war. Das Hauptwerkzeug dieser Vergrößerungen, der Betriebschef Wolfensberger, hat sich dadurch bei den Arbeitern beliebt gemacht, daß sie mit aller Energie seine Entlassung forderten und erst, nachdem diese erfolgt, die Arbeit wieder aufnehmen wollten.

Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung.

Den leitenden Kreisen der katholischen Kirche bezog der Zentrumspartei gelang es zwar, die letzten Bewegungen der

katholischen Arbeiter in den sechziger und siebziger Jahren in die gewünschten Bahnen zu zwingen, die nicht gefügigen Elemente zu beseitigen oder zu ruinieren; aber sie konnten sich doch der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß sie sich wenigstens den Anschein einer sozialpolitischen Thätigkeit geben müßten, wenn sie die katholischen Arbeiter weiter an die Fahne der Zentrumspartei fesseln wollten. Nicht aus sozialem Empfinden und innerer Ueberzeugung entschloß man sich in diesen Kreisen zur Beförderung sozialpolitischer Maßnahmen auch auf gesetzgeberischem Gebiet durch die Zentrumskraktion des Reichstags, sondern gezwungen durch die Bewegung der katholischen Arbeiter, die wiederum eine Folge der Lassalle'schen Agitation und der sich entwickelnden sozialdemokratischen Bewegung war. Das Verhalten der Zentrumskraktion ist hierfür das beste Zeugnis.

In seiner im Auftrage des Volksvereins für das katholische Deutschland verfaßten Schrift „Arbeiterrecht und Zentrum“ schildert der Douwitzer Johannes Wenzel, wie einer seiner Gewährsmänner zu Anfang der siebziger Jahre des Fezteren mit Windthorst darüber verhandelt habe, daß das Zentrum die Lösung der sozialen Frage in die Hand nehmen solle. Im Jahre 1874 habe dieser Gewährsmann vor Windthorst eingehend ausgeführt, daß Gerechtigkeit und Nächstenliebe erfordern, daß etwas für die arbeitende Klasse geschehe; diese seien außerdem von der sozialdemokratischen Verführung bedroht, und müßten ihr anheimfallen, wenn man nicht von anderer Seite für sie eintrete. Windthorst entgegnete, er gebe zu, daß die Regierung und ihre Parteien sozialpolitisch unthätig seien. Der herrschende Kurs sei durchaus mangelhaft, theils aus Ueberzeugung, theils aus Sonderinteressen mangelhaft. Wenn man aber das Zentrum mit positiven Vorschlägen vorgehe, dann werde man das als Demagogie bezeichnen.

Die Furcht, die katholischen Arbeiter möchten der sozialdemokratischen Verführung anheimfallen, war es also zugestandenemal nicht am wenigsten, die selbst den sozialpolitisch einsichtigen Gewährsmann des Douwitzer Wenzel darüber zu machen, daß das Zentrum die Lösung der sozialen Frage in die Hand nehmen möge. Ein bemerkenswerthes Zugeständnis! Nicht minder bemerkenswert aber ist das von dem Führer der Zentrumskraktion gemachte Eingeständnis der absoluten Unthätigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien auf sozialpolitischem Gebiet und die Furcht der in demagogischen Kniffen recht bewanderten und ihrer Anwendung keineswegs abholden kleinen Erzellenz, das Zentrum könne durch die Forderung ernsthafter sozialpolitischer Reformen in den Geruch der Demagogie geraten!

Nach im Jahre 1874 nahm also der Führer der Zentrumskraktion eine ablehnende, mindestens aber eine abwartende Stellung zu einem gesetzlichen Eingreifen auf sozialpolitischem Gebiet ein. Schon in der nächsten Legislaturperiode des Reichstags, 1877, wurde seitens der Zentrumskraktion des Reichstags aber ein sogenannter sozialpolitischer Antrag, der vielberufene Antrag Galen eingebracht.

Die Erkenntnis, daß zentrumseitig ein sozialpolitisches Eingreifen nicht mehr zu umgehen sei, war den leitenden Zentrumskreisen also verhältnismäßig rasch gekommen. Die Ursache dieser schnellen Erkenntnis aber war: die nachfolgende Bewegung der katholischen Arbeiter, die sich theilweise, so in Aachen und Effen, selbst bis zur offenen Rebellion gegen die offizielle Zentrumspartei, und zur Aufstellung eigener Kandidaten bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körpern ausbrach.

Merkwürdig waren die leitenden Zentrumskreise weit davon entfernt, ein ernsthaftes Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiet zu fordern; im Gegentheil waren sie nicht nur nach Strafen bemüht, es möglichst bei tönenden Worten zu belassen, sondern auch von anderer Seite vorgeschlagene ernsthaft sozialpolitische Maßnahmen nach Kräften abzuwehren; aber den Schein einer sozialpolitischen Thätigkeit konnten sie mit Rücksicht auf die ungelieblich gewordenen katholischen Arbeiter nicht entbehren. Von diesen Gesichtspunkten war und ist auch heute noch die sonderbare Art der sozialpolitischen Wirksamkeit des Zentrums bedingt, aber auch verständlich. Das Gros der Zentrumspartei bestand und besteht auch heute noch aus entschiedenem Segnern einer über den Rahmen von Scheinreformen hinausgehenden sozialpolitischen Thätigkeit. Der katholische Sozialpolitiker Pfarrer Oberdörfer geistert letzteres in der von ihm zur Zeit geleiteten, für die Präsidien der katholischen Arbeitervereine herausgegebenen „Kölner Korrespondenz“, anknüpfend an eine im Jahre 1899 erschienene Schilderung des Lebens der individualistischen liberalen Wirtschaftstheorie, in folgender Weise offen ein:

„Leider gibt es auch unter den Katholiken, die auf religiösen und politischen Gebiet den Ideen des modernen Liberalismus abhold sind, sehr viele, die auf wirtschaftlichem Gebiete Anhänger des gemäßigten Liberalismus genannt werden müssen. Bei unsrer weltlichen Nachbarn sind in Folge dessen die Katholiken gespalten. In Belgien sind die sogenannten konservativen Katholiken, die sich vornehmlich um Boesche gruppieren, sehr stark mandchertlich angehaucht. In Frankreich hat Bischof Kreppel in dieser Hinsicht Schule gemacht. In Deutschland ist die Zahl der Katholiken, die ein einschneidendes, wirklich reformirendes Eingreifen des Staates im Grunde ihres Herzens verabscheuen, vielleicht noch größer als in anderen Ländern. Indes sucht man diese Gefinnung unter schönen Worten zu verbergen.“

Pfarrer Oberdörfer, der eifrige katholische Sozialpolitiker, aber wird und muß seine Leute kennen und wird ihnen aber auch gewiß nicht unbedacht zu nahe treten.

Das Zentrum war die einzige von allen Parteien, welche die eigentliche Inangriffnahme des gesetzlichen Arbeiterrechtes beantragte, so behaupten die Agitatoren der Christlichen. Als Beweis bringen sie sich auf den Antrag Galen. Das ist Klaffschweiz. Welche Umstände das Zentrum zu diesen Schritt zwangen, wurde in Vorstehendem eingehend dargelegt. Aber auch sonst ist diese Behauptung nicht haltbar.

In einem der vorerwähnten Artikel wurde schon angeführt, daß schon zur Veranlassung der Gesetzesordnung im

Norddeutschen Parlament die sozialdemokratischen Abgeordneten einen umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf vorgelegt hatten. Die Einbringung desselben wurde ihnen dadurch unmöglich gemacht, daß sie selbst nicht zahlreich genug waren, um die nach der Geschäftsordnung für solchen Antrag nötige Zahl von Unterschriften auszubringen und bürgerliche Abgeordnete zur Unterschrift des Antrages nicht zu bewegen waren. Einige konservative Abgeordnete hatten sich zur Unterschrift des Antrages unter der Bedingung bereit erklärt, daß die auf den Schutz der ländlichen Arbeiter bezüglichen Bestimmungen aus demselben entfernt würden. Darauf erklärten die Sozialdemokraten mit Recht nicht eingehen zu können. Diese Bedingung zeigt übrigens, daß es weniger sozialpolitische Empfinden als wie Haß gegen die sich mächtig entwickelnde Industrie war, die die konservativen Abgeordneten zur Unterschrift des Antrages dann bereit finden ließ, wenn ihre Ausbeutungsfreiheit der Arbeiter nicht angefaßt wurde. Die Sozialdemokraten brachten nun die in ihrem Arbeiterschutzgesetzentwurf enthaltenen Forderungen als einzelne Anträge zu den verschiedenen Paragraphen der Gewerbeordnung ein, die freilich von den bürgerlichen Parteien regelmäßig niedergestimmt wurden. Hervorgehoben sei hier aber nochmals, daß von den katholischen Abgeordneten im Norddeutschen Parlament, von denen hier vor allem, als spätere namhafte Führer der Zentrumsparthei, Windthorst und die beiden Reichensperger genannt seien, kein einziger bei diesen Arbeiterschutz-Debatten auch nur eingriff.

Nun zum Antrag Galen. Eingebbracht wurde derselbe am 19. März 1877 bei Besprechung einer auf Anregung evangelischer Geistlicher im Jahre 1873 beschlossenen Erhebung über die Verhältnisse der Industriearbeiter.

Am 11. April 1877 wurde der sehr umfassende sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht. Zwischen dem Einbringen beider Anträge liegt also ein Zeitraum von ganzen 23 Tagen!

Die sozialdemokratische Fraktion war aber auch die am wenigsten zahlreich, um die zur Einbringung des Entwurfs geschäftsmäßig erforderliche Zahl von Unterschriften auszubringen, und erst nach vieler Mühe war es ihr gelungen, einige bürgerliche Abgeordnete zum Unterschreiben des Antrages zu bewegen und so seine Einbringung zu ermöglichen. In Anbetracht dieser Thatsachen ist die Begründung Klopffechter für die Behauptung der Christlichen, das Zentrum sei die erste von allen Parteien gewesen, welche die eigentliche Inangriffnahme des gesetzlichen Arbeiterschutzes beantragte, gewiß milde gewählt.

So oft der Antrag Galen aber auch von christlicher Seite erwähnt wird, nie werden die einzelnen Forderungen angeführt. Das hat seinen sehr guten Grund. Der Antrag Galen ist ein Gemisch von religiös-sittlichen Sätzen und direkt realen Forderungen. Im Folgenden sei dieser vielberufene Antrag im Wortlaut wiedergegeben:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, noch im Laufe dieses Jahres die bereits unternommene Enquete über die Lage des Handwerker- und Arbeiterstandes unter Mitwirkung freigewählter Vertreter desselben in der Richtung der sub I bis III aufgeführten Punkte zu vervollständigen und auf der Grundlage des gewonnenen Materials

I. dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869, unter Berücksichtigung folgender Punkte vorzulegen:

- a) wirksamer Schutz des religiös-sittlichen Lebens der gesammten arbeitenden Bevölkerung (Sonntagsruhe);
- b) Schutz und Hebung des Handwerkerstandes durch Einschränkung der Gewerbefreiheit; Regelung des Verhältnisses der Lehrlinge und Gesellen zu den Meistern, Förderung korporativer Verbände;
- c) Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der in Fabriken arbeitenden Personen; Normativbestimmungen für die Fabrikordnung; Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 14 Jahren in den Fabriken; Schutz der Familie durch Beschränkung der Frauenarbeit in Fabriken;
- d) Einführung gewerblicher Schlichtergerichte unter Mitwirkung freigewählter Vertreter der Arbeiter;
- e) anderweitige Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die konzeptionspflichtigen Gewerbe, insbesondere den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften;
- II. eine Kommission der gesetzlichen Bestimmungen betr. die Freizügigkeit sowie

des Gesetzes, betreffend die Verbindlichkeit zum Schuttag usw. vom 7. Juli 1871, in Bezug auf den Betrieb von Bergwerken und gewerblichen Anlagen zu veranlassen.“

Soweit der Antrag Galen. Die Forderungen, die er zum Schutze der Arbeiter enthält, sind äußerst spärlich, durchaus allgemein gehalten und waren von der sozialdemokratischen Fraktion schon vor langen Jahren in viel eingehenderer Weise und in viel bestimmterer Form gestellt worden. Zudem sollten selbst diese mageren Forderungen durch Fortsetzung der schon vor vier Jahren begonnenen Enquete noch längere Zeit hinausgeschleppt werden. Der Antrag Galen steht daher einem Versuch zur Verbesserung, statt zur Förderung des Arbeiterschutzes vergeblich ähnlich.

Was eine anderweitige Regelung des Betriebes von Gast- und Schankwirtschaften überhaupt mit dem Arbeiterschutz zu thun hat, wird sich jeder vernünftige Mensch wohl vergeblich fragen.

Die Forderung der Beschränkung der Freizügigkeit war aber zweifellos durch und durch reaktionär und für die Arbeiter äußerst nachtheilig.

Ist es da nicht sehr erklärlich, weshalb christlicherseits so oft der Antrag Galen erwähnt, sein Inhalt aber sorgfältig verschwiegen wird?

In der schon angezogenen Schrift „Arbeiterschutz und Zentrum“ beklagt sich Domvikar Johannes Wenzel sehr bitter über die Behandlung, die dem Antrag Galen zu Theil geworden sei. Auf der rechten Seite des Reichstages habe derselbe ebenso wenig Entgegenkommen gefunden wie am Regierungstische, während man auf der linken Seite mit Spott und Spott für denselben gehabt habe, und daß

er schließlich in der Kommission, der er überwiesen wurde, ein lang- und klangloses Begräbnis gefunden habe. Kein objektiv Urtheilender wird bestreiten können, daß dieser Wechselbalg damit das durchaus verdiente Schicksal erlitt.

Der Antrag Galen ist geradezu typisch für die sozialpolitische Thätigkeit des Zentrums. Ueberall tritt in ihm die religiös verbrämte Phrase uns entgegen; unter tönenden Worten sucht man die Wohlthat der von dieser Seite betriebenen „Sozialpolitik“ zu verbergen.

Wo von anderen Seiten Anregungen zu einschneidenden sozialen Reformen gegeben wurden, sehen wir das Zentrum stets bemüht, dieselben abzuschwächen.

Die sozialen Gesetze, Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung waren dem Zentrum zum Theil viel zu weitgehend. Diese Gesetze werden von den Christlichen gern unter Anführung der Millionen, die durch dieselben in der Zeit ihres Bestehens den Arbeitern zugeführt wurden, als Beweis für die praktische Reformarbeit des Zentrums, das eifrig an ihrem Zustandekommen mitgearbeitet habe, angeführt. Zunächst sei festgestellt, daß diese Gesetze nicht etwa der Initiative des Zentrums ihre Entstehung verdanken, sondern, daß sie einen von der Regierung unternommenen Versuch darstellen, die Arbeiter vom Anschluß an die Sozialdemokratie abzuhalten; festgestellt sei weiter, daß für keines dieser Gesetze die Zentrumsfraktion geschlossen stimmte; stets stimmte ein größerer oder kleinerer Theil dieser Fraktion gegen dieselben, weil sie ihm zu weitgehend waren. Bei Verathung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes wandte sich fast die gesammte Zentrumsfraktion unter, spezieller Führung Windthorsts gegen den Reichszuschuß. Weiter drang der größte Theil der Zentrumsfraktion unter Führung der Zentrumssozialpolitiker Hise und Hertling darauf, daß der Kreis der Versicherten nicht gleich auf alle Lohnarbeiter ausgedehnt werde, sondern daß landwirthschaftliche Arbeiter, Diensthöten, Gehilfen der Handwerker, unständige Arbeiter usw. ausgeschlossen würden. Für dieses Gesetz haben schließlich nur 11 Zentrumsabgeordnete gestimmt. Es wirkt erheiternd, wenn die christlichen Agitatoren nicht selten, ohne vorstehende Thatsachen zu beachten, der Sozialdemokratie jedes ernste Wollen zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage der Arbeiter absprechen, weil ihre Abgeordneten gegen diese Gesetze stimmten. Die Sozialdemokratie stimmte gegen diese Gesetze, weil sie nicht dem Mindestmaß der Ansprüche genügt, daß der christliche Sozialpolitiker an dieselben stellen konnte und mußte; — daß letzteres zutrifft, wird kein denkender, mit diesen Gesetzen vertrauter Arbeiter selbst heute, nachdem diese Gesetze schon mehrfache Verbesserungen erfahren haben, bestreiten können — das Zentrum stimmte aber zum Theil gegen dieselben, weil sie ihm zu weitgehend waren!

Daß man sich auf christlicher Seite nur dem Zwange folgend an der sozialen Gesetzgebung betheiligte, dafür legt der im September 1889 zu Brüssel stattgehabte katholische Sozialkongress ein klares Zeugniß ab. Auf demselben erklärte der französische Jesuit Forbes:

„Ich für mein Theil bin einfach entsetzt über das Programm dieses Kongresses. Immer und überall finde ich nur eins, den Ruf nach Gesetzen und abermals Gesetzen. Anstatt der christlichen Mildthätigkeit ein Gesetz? Sehen Sie nicht, daß Sie einen Anlaß des Christenthums bekämpfen, eine der Grundfesten des Christenthums erschüttern? Diese christliche Art des Wohlthuns ist eine Nothwendigkeit für den Fortbestand der christlichen Gesellschaft. Was soll aus dem Arbeiter werden, wenn er die Mildthätigkeit des Priesters nicht mehr zu achten braucht? ... Der Arbeiter wird nicht zufrieden sein und er wird nie zufrieden sein, möge das Gesetz noch so sehr, und möge es Alles regeln. Wir garant vor dieser Regelung, vor solchem Zwange, und ich habe Furcht vor dieser Gesellschaft.“

Wie Forbes sprachen andere Geistliche und der Führer der belgischen Ultramontanen Voeste. Ihnen trat Bischof Korum von Trient in folgenden Ausführungen entgegen:

„Die zur Debatte stehende Frage haben nicht wir freiwillig auf die Tagesordnung gesetzt, die sozialistische Bewegung hat uns dazu gezwungen. Wenn heute eine Feuersbrunst ausbricht, so nimmt man zu ihrer Bekämpfung Dampfstrahlen. Wer aber in unseren Tagen zum Wassereimer zurückkehren wollte, der würde sich lächerlich machen. So steht es mit der sozialen Frage. Der Staat soll uns zu gar nichts zwingen? Zwingt uns doch die Polizei — und oft vernünftigermaßen — zu allerhand Dingen, zu Vorsichtsmaßregeln, damit Andere nicht gefährdet werden. Die Steuerzahler sollen nicht beunruhigt werden dürfen? Was bleibt dem Staate denn Anders übrig, als die Invaliden der Arbeit, leider oft erst, wenn sie dem Glende und dem Alkohol verfallen sind, aufzuheben, zu beschützen, ihren Hungerwuth zu verhüten? Wer zahlt dafür die Kosten? Natürlich nur der Staat, d. h. der Steuerzahler. Wer wird die Kosten für die durch unsere Fahrlässigkeit eines Tages ausbrechenden sozialen Aufstände zu tragen haben? Der Steuerzahler! Das habe ich vor einiger Zeit zu einem der bekanntesten deutschen Großindustriellen, Herrn Krupp, gesagt, als er mir ähnliche Reden führte, wie Hochwürden Forbes. Für die christliche Mildthätigkeit bleibt noch ein tiefenreißendes Feld übrig. Ich glaube, daß wir deutsche Katholiken auch christliche Mildthätigkeit zu üben wissen und daß wir, wenn wir auch Staatsversicherungen im Parlament zustimmen, auch noch auf dem Boden christlicher Gerechtigkeit stehen. Für uns gilt: wenn wir nichts dazu thun wollen, so wird die soziale Frage uns dazu zwingen!“

Die Darlegungen des Vater Forbes, in denen er dem Widerwillen christlicher Kreise gegen jede sozialpolitische Gesetzgebung, durch die er sogar den Bestand der christlichen Gesellschaft gefährdet sieht, Ausdruck gibt, sind nicht minder interessant, als die Ausführungen des ihm entgegenstehenden Bischof Korum, der gewissermaßen entschuldigend erklärt, daß es ja nicht freier Wille sei, daß man sich mit diesen Fragen beschäftigen, sondern daß man dies thun muß, gezwungen durch die sozialistische Bewegung und aus Furcht vor einer sozialen Revolution.

Bischof Ketteler hat zwar schon 1871 in seinem Entwurf zu einem sozialpolitischen Programm einen gesetzlichen Normalarbeitstag von 10, höchstens aber von 11 Stunden gefordert; das Zentrum hatte auch im Jahre 1888 einen Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages für alle Arbeiter eingebracht, als aber im Februar 1897 der sozialdemokratische Antrag, die Regierung aufzufordern: „Einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrsweisen stehenden Personen auf 8 Stunden festgesetzt wird“, im Reichstage zur Verhandlung kam, erklärte gleichwohl der Zentrumssozialpolitiker Hise: Er sei zwar grundsätzlich für die Verkürzung der Arbeitszeit. Es sei dies keine spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern eine Frage nützlicher praktischer Erwägung. Er für seine Person sei überzeugt, daß man ganz gut und ohne Schädigung der Industrie den zehnstündigen Arbeitstag einführen könne, gleichwohl begnüge er sich aber mit einer Normalarbeitswoche von 63 Stunden. Er brachte denn auch folgenden Antrag ein: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thunlichst bald einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahren) in Fabriken auf höchstens 63 Stunden wöchentlich vorzulegen.“

Welch großer Unterschied zwischen einer Normalarbeitswoche, welche die Länge der täglichen Arbeitszeit gänzlich unberührt läßt und einem Normalarbeitstag besteht, braucht hier wohl kaum besonders betont zu werden. Hervorgehoben aber sei, daß der Antrag Hise die Normalarbeitswoche auch nur für Fabrikarbeiter forderte, die im Handwerk, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirthschaft thätigen Arbeiter aber von der Regelung der Arbeitszeit überhaupt anschlöß.

Der Antrag Hise ging aber einem Theil der Zentrumsfraktion noch viel zu weit. Freiherr von Hertling, der zwar den Antrag Hise mit unterschrieben hatte, erklärte: „Wenn es selbst erwiesen wäre, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter in den gewerblichen Betrieben überall die gewünschten Folgen hätte, wenn es erwiesen wäre, daß alle industriellen Betriebe sich diese Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schädigung gefallen lassen könnten, so würde für ihn dennoch die große Frage übrig bleiben, ob für die allgemeine Staatsgesetzgebung, die die Interessen aller Stände gleichmäßig zu berücksichtigen habe, ein Eingehen auf den sozialdemokratischen Antrag zweckmäßig wäre.“ Hertling entwarf dann folgenden Antrag: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1) Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Krankenkassenverwaltungen und Aerzte sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditätsanstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. 2) Auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120: Absatz 3 der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.“

Der Antrag Hertling hatte weiter keinen Zweck, als die Sache durch die geforderten Erhebungen zu verwickeln. Was er unter 2) forderte, war durchaus gegenstandslos, weil der Bundesrath die diesbezügliche Berechtigung schon längst besaß.

Solche Beispiele christlicher Sozialpolitik ließen sich noch hunderte anführen, doch würde dies diesen Artikel über Gebühr ausdehnen. Hervorgehoben sei nur noch, daß das Zentrum eine sehr lange Weile gebraucht, ehe es sich Angesichts der gewaltigen Fäulnis unter den katholischen Arbeitern dazu entschloß, der Zuchthausvorsorge vorzulegen, daß längst verdiente Ende zu bereiten. Als die Zuchthausvorsorge befeitigt war, schrieb das Organ der agrarischen Richtung im Zentrum, die „Rheinische Volksstimme“: „Die Streikvorlage ist pure abgelenkt worden. Es ist das zu bedauern. Die Vorlage enthielt einen guten Kern, den man in einer Kommissionsberathung hätte herauslösen und vertheilen sollen. ... Die Freiheit der Arbeiter ist nirgendwo gefährdet; eher ist die Freiheit mancher Arbeitgeber, ganz besonders der ländlichen Arbeitgeber gefährdet, die vielfach die Rechte ihrer Knechte geworden sind. Es ist aber so weit gekommen, daß nicht nur Arbeitgeber und arbeitswillige Arbeiter sich vor dem Terrorismus der Arbeiter fürchten, sondern auch die Mehrheit des deutschen Reichstages. Die Abstimmung vom 20. d. M. muß als Angiprodukt des Terrorismus bezeichnet werden, den die Arbeiter auf den deutschen Reichstag ausübten.“

Daß es in den Reihen der Zentrumsparthei selbst begertere Anhänger der Zuchthausvorsorge gab, darüber lassen vorstehende Ausführungen wohl keinen Zweifel. Weiter sei aus dem diesbezüglichen reichen Material nur noch kurz angeführt, daß selbst verschiedene von christlichen Arbeiter- und Gewerbevereinen an den Reichstag gerichtete Petitionen von der Zentrumsfraktion einfach unbeachtet gelassen und dann von den — Sozialdemokraten vertreten wurden. Dies war unter Anderem der Fall mit einer zur Reform des Gewerbe-Unfall- und Versicherungs-gesetzes vom Gewerbeverein der christlichen Bergleute Deutschlands dem Reichstage eingereichten Petition, in der gewünscht wurde, daß die vorgezeichnete freiwillige Mehrleistung der Berufsgenossenschaften obligatorisch gemacht werde. Derlich erging es einer Petition des christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes für Eisen und Umgegend, in der gefordert wurde: 1) Die tägliche Arbeitszeit in der Textilindustrie auf höchstens 10 Stunden, ausschließlich der Pausen, gesetzlich festzulegen. 2) Die Mittagspause von 1 auf 1½ Stunden zu verlängern. 3) Die Nachtarbeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens gänzlich zu untersagen. 4) Keinem Weber, Spinner usw. zu gestatten, während der Mittagspause in der Fabrik zu bleiben. 5) Die Errichtung von Gewerbegerichten den Städten mit über 10,000 Einwohnern zur Pflicht zu machen. 6) Die Einführung von

Arbeitsmasschüssen vorzuschreiben." Direkt be-
kämpft wurde vom Zentrum die von dem Vorstande
des oberchristlichen „Christlichen Arbeitervereins zur
gegenseitigen Hilfe“ eingereichte Petition, in der die Ein-
führung der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken,
Hütten und Fabriken, wie sie bereits in England und in
anderen Ländern eingeführt sei, gefordert wurde. Diese
Beispiele zur Kennzeichnung der Sozialpolitik des Zen-
trums dürften genügen.

Die durch die immer mehr um sich greifende Unzufrie-
denheit mit ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgerufene
Gährung und Bewegung unter den katholischen Arbeitern
hat das Zentrum zwar gezwingen, sich, um ein Abschwen-
ken dieser Arbeiter vom Zentrum zu verhindern, den An-
sichten sozialpolitischer Thätigkeit zu geben, hat das Zentrum
weiter zunächst zur Gründung katholischer Arbeitervereine,
dann von christlichen Gewerkschaften veranlaßt; zu einer
einschneidenden wirklich sozialistischen Reformarbeit hat die
christliche Arbeiterbewegung das Zentrum aber nicht zu
bringen vermocht. Allerdings ist das Zentrum durch seine
Gründung christlicher Gewerkschaften in eine unangenehme
Situation geraten. Infolge der näheren Beschäftigung
mit sozialpolitischen Angelegenheiten dämmerte wenigstens
einem Theil der christlichen Arbeiter so langsam die Er-
kenntnis auf, daß das Zentrum auf sozialpolitischem Gebiet
in Wirklichkeit nichts, oder doch so gut wie nichts gethan
habe. Diese Erkenntnis ließ sie den Ruf nach wirklicher
sozialer Reformarbeit seitens der Zentrumspartei immer
lauter erheben. Das brachte das Zentrum in die Situation
des Wütischen Rauberlehrlings, der die Geißel, die er
gefaßt hatte, nicht wieder los werden konnte. Die sich
zwischen dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften
entwickelnde Spannung wurde noch verschärft durch die vom
Zentrum gebilligten und befürworteten Brotmischerpläne.
Trotz aller angewandten Mittel gelang es dem Zentrum
nicht, die gesamte Bewegung der christlichen Arbeiter
in die ihm genehmen Bahnen zu lenken. Die gegenwärtige
Situation, in der sich in dieser Beziehung das Zentrum be-
findet, ist der nicht unähnlich, in der es sich in den sieb-
ziger Jahren befand. Damals wurde das Zentrum durch
Erlaß eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie
aus dieser Situation erlöst, der es in die Lage brachte, die
christliche Arbeiterbewegung einschlämmern zu lassen. Heute
ist es, da ihm kein derartiger rettender Engel erscheint, wie
die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, bereit, seine eigenen
Gründungen, sofern sie in ihrer Oppositionstellung ver-
harren, zu zentriern; wie dies bezüglich des Wieber-
sehen Metallarbeiterverbandes beschlossene Sache ist. Daß
die Brüder, Wiesberts, Steger usw. nach empfangenen straf-
ten Instruktionen handeln, kann eben so wenig Zweifel
unterliegen, als daß die für den Ausschluß angegebenen
„Gründe“ nicht die wirklich maßgebenden für diesen Schritt
sind. Dafür sind die angegebenen „Gründe“ viel zu un-
sicherhaltig und durchsichtig.

Dem Zentrum ist aber auch gleichzeitig die Gefahr zum
Bewußtsein gekommen, die die weitere Entwicklung der
christlichen Gewerkschaften, und die dabei nicht gänzlich zu
vermeidende Aufklärung der katholischen Arbeiter in sozial-
politischen Dingen für seinen eigenen Bestand in sich birgt.
Von Berlin und von Trier aus geht die Agitation für
katholische Gewerkschaften ein, die thätigst eine Kriegs-
erklärung gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerks-
chaften bedeutet. Die christliche Arbeiterbewegung in die
dem Zentrum genehmen Bahnen zu lenken, die christlichen
Gewerkschaften zu politischen Kleinwunderbewegungen
für die katholischen Arbeiter zu machen, das ist die eigent-
liche Grundlage der Bestrebungen zur Gründung katholi-
scher Gewerkschaften. Daß diese Bestrebungen von den
Orten ausgehen und genährt werden, wo das Zentrum
nicht zu verlieren hat, oder sein Bestehen noch in seiner
Weise gefährdet erscheint, von geistlichen Zentrumstagen
aber Einspruch hiergegen erhoben wird, ist aus rein tat-
sächlichen Rücksichten sehr erklärlich. Ob diese Bestrebungen
vollen Erfolg haben werden, steht noch dahin, ist aber nicht
unwahrscheinlich.

Die an sich für die Verbesserung der wirtschaftlichen
Lage der Arbeiter, infolge der durch sie veranlaßten Per-
spektivierung und gegenseitigen Bekämpfung der Arbeiter
untereinander recht unbedeutende und theilweise nachthei-
lige christliche Arbeiterbewegung wird sowohl durch diese
Bestrebungen an sich, wie auch durch die aus denselben re-
sultierenden Kämpfe und weiteren Perspektivierungen der
christlichen Arbeiter unter sich, fast zur gänzlich en Be-
deutunglosigkeit herabgedrückt. Daß die christliche Arbei-
terbewegung einen maßgebenden Einfluß innerhalb der
Zentrumspartei erlangen, sie zu einem wirklich einschnei-
denden sozialpolitischen Wirken zu drängen vermöchte, er-
scheint nach der ganzen Geschichte der christlichen Arbeiter-
bewegung, wie auch nach der gegenwärtigen Lage der Dinge
und den Aussichten für die Zukunft ausgeschlossen.

Der nicht zu unterschätzende Vortheil, den die Gründ-
ung christlicher Gewerkschaften, die Bewegung der katholi-
schen Arbeiter für die Gesamtarbeiterchaft aber hat, ist,
daß durch sie wenigstens ein Theil der bisher trotz aller
Agitationsbemühungen unerschlossen gebliebenen und unthätig
zur Seite stehenden katholischen Arbeitermassen in Fluß
und zur Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen ge-
bracht wurde. Dies muß auf die Dauer den freien Ge-
werkschaften zu Gute kommen. Von der von unserer Zeit-
ung der Ausprägung des uns auf diesem Gebiet zur
Verfügung stehenden reichen Agitationsmaterials wird es
wesentlich abhängen, wie schnell und in welchem Umfange
dies erfolgen wird.

Anfang September in der Lage, die Einzelbestellungen von
Protokollen erledigen zu können.

Diejenigen Ortsverbände, die die Erhebung eines
Kongressprotokolle beim Vorstand bestellt haben, wollen mit-
theilen, ob sie unter diesen Umständen auf dieselben noch
reflektieren. Erfolgt die Zurücknahme der Bestellung nicht,
so wird dieselbe auftragsgemäß Anfang September erledigt
werden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird
den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungs-
weise Einzelmitgliedern der Hauptkass die Erhebung eines
Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommen-
den Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß gebracht mit dem
Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Ent-
ziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Den Verwaltungsstellen in Frankenthal und Köpenick
die Erhebung je eines monatlicher Extrabeitrages von
10 Pfg. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle Miltspe, Sect. der Formner, die
Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 5 Pfg.
pro Mitglied ab 1. August.

Den dem Silberschlüßergewerbe angehörenden
Mitgliedern der Verwaltungsstelle Fürth die Erhebung
eines wöchentlichen Extrabeitrages von 20 Pfg. für männ-
liche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder vom 1. August an.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wird nach § 3
Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
der Gürtler Joseph Fiebiger, geb. zu Jaberlich am
29. März 1863, B.-Nr. 221975, wegen unkollegialen
Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Garburg:
der Dreher Rudolf Tzebel, geb. zu Elbing am
12. April 1880, B.-Nr. 320052, wegen Erschwindelung
von Unterfertigung durch Fälschung in seinem Mit-
gliedsbuche.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rathenow:
der Mechaniker Wilhelm Diener, geb. zu Jellerfeld
am 15. Dezember 1879, B.-Nr. 438951, wegen Afford-
preisbrüdererei.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
der Hilfsarbeiter Gottlieb Stiefele, geb. zu Welz-
heim am 27. April 1873, B.-Nr. 340145, wegen Er-
schwindelung von Ortsunterfertigung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wegefad:
der Metzger Heinrich Schmitt, geb. zu Neustadt-
heffen am 26. Dezember 1876, B.-Nr. 386035, wegen
unkollegialen Verhaltens.

Nicht wieder aufgenommen in den Verband dürfen werden:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fürstwald:
der Former Ernst Bars, geb. zu Brenzlau am 31. Januar
1876, B.-Nr. 453478, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach:
der Feingoldschläger Paul Dikler, geb. zu Schwabach
am 24. April 1881, B.-Nr. 186138, wegen Verstoß
gegen die Tarifgemeinschaft.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß aus dem
bzw. Nichtwiederaufnahme in den Verband wird hierdurch
den nachstehend verzeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur
Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß be-
gründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie,
sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich
nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

(Es wird zur Last gelegt:
Ivan Schloffer Wilhelm Klein, geb. zu Thorn am
1. Februar 1866, B.-Nr. 454596, nach dem von der Ver-
waltung Krejeld gestellten Antrage, daß er in seiner Eigen-
schaft als Unterkassier nicht abgerechnet hat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind
nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16 b
zu richten, und ist auf dem Poststempel genau zu be-
merken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

In der in Nr. 28 erfolgten Monatsquittung sind von
Bwögen übersehen worden, Nr. 50.— zu quittieren, was
hiermit nachgeholt wird.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Bierze. Der Fugug von Formern nach Bierzen-Get-
wigschütte (Preuß & Wingen) ist fernzuhalten.

Stempner.

Stempner. Flajörner und Justallature warnen wir vor
dem Taubenschlag des Herrn G. Specht, Hüttinstrasse. Der
Herr verspricht sehr viel und hält wenig.

Metallarbeiter.

Darmen-Eberfeld. Bei der Firma Sillier und Jamart
(Dampffabrik) ist es zum Streit gekommen; seit dem
15. Juli befinden sich die gesammten Arbeiter (etwa 110
Mann) im Ausstande, in musterhafter Weise zusammen-
haltend. Im Laufe des Kampfes ist es klar zum Ausdruck
gekommen, daß man den Kampf seitens der Firma länger
Hand vorbereiten hat; sind doch Leute vor der Kündigung der
Arbeiter engagiert worden, welche in 14 Tagen bis 3 Wochen
ansetzen sollten, also erst dann, wenn durch die heftigsten
Gewaltthaten der Firma den Arbeitern nichts Anderes
übrig blieb, als in den Streit einzutreten. Der Streit
selbst wird mit viel Schärfe geführt. Mit Anspannung aller
Kräfte versucht die Firma, Streikbrecher zu bekommen;
das ganze Komplexpersonal ist auf den Beinen, reißt um-
her, um Arbeitswillige anzuerwerben. Mit aller möglichen
Kraft geht man zu Werke, um Leute herzu zu locken;
die größten Versprechungen werden gemacht. Auf die Qua-
lität der Arbeitswilligen kommt es nicht an, ebenso wenig
auf den Beruf; nur Leute in der Nähe haben, dem Herr
Sillier, dann sollen die Streikenden schon in Demuth wie-

derkommen. Mag man sich nur nicht täuschen. Auf oben
geschilderte Art hat die Firma etwa zwei Duzend Streik-
brecher bekommen, darunter sind alle möglichen Berufe ver-
treten, als: Gärtner, Buchdrucker, Lithographen, Band-
winder usw., nur keine Kesselschmiede; von diesen hat sich
trotz aller Anstrengungen bisher keiner eingefunden. Eine
erlebe Rolle spielen in diesem Kampf zwei Stenmer aus
Eichweiler bei Lachen, Namens Kaspar Gahn und Gerhard
Nagelschid. Diese fingen bei den Differenzen an, welche
im Mai ds. J. stattfanden; jetzt sind sie zu Streikbrecher-
agenten geworden, sie setzen Alles daran, um Arbeiter aus
ihrer Heimath unter allen möglichen Vorpiegelungen nach
hier zu locken, doch bisher mit wenig Glück. Die Ar-
beiter selbst sind in diesem schweren Kampfe guten Muthes,
ihre Situation ist bisher eine günstige zu nennen, man
hat sie in brutaler Weise auf die Straße gezwungen, sie
werden nunmehr auch Alles daran setzen, mit Ehren aus
diesem schweren Kampfe hervorzugehen. Mögen die Kollegen
allerwärts die Augen offen halten, wo man versuchen wird,
Streikbrecher zu werden. Wir möchten dabei darauf aus-
merksam machen, insbesondere bei Inseraten, daß die Firma
nicht ihren Namen beiseit, sondern stets durch Offerten usw.
Arbeiter sucht, um die sich Verbunden einzeln kapern zu
können. In diesem Streit kommen die verschiedensten Be-
rufe in Betracht: Kesselschmiede, Metzger, Stenmer,
Schmiede, Schlosser, Dreher und sonstige Metallarbeiter.
Zuschriften sind zu richten an den Bevollmächtigten: Rob.
Dykmann, Barmen, Adlerstraße 18.

Berlin. Kaum glaublich wird es den Kollegen in der
Provinz klingen, daß in der sogenannten Metropole der
Intelligenz in einer Werkstättenversammlung bei einer Ar-
beiterzahl von über 400 Mann und Lohn- und Afford-
hältnissen, die traurig genannt ganz ausgedrückt wäre,
ganz 23 Mann es der Mühe für werth gehalten haben,
zu erscheinen. Diese beschämende Thatsache konnte ich
am Dienstag, den 15. Juli konstatieren, als ich gedachte,
einer Versammlung beizuwohnen, die vom Verband einbe-
rufen war, um unter den rüchständigsten Arbeitern Berlins,
den Kollegen der Firma Frieter u. Rosmann (Näh-
maschinen) einige Aufklärung und Belehrung zu ver-
breiten. Da die meisten Kollegen dieser Firma verbeir-
thet und infolge dessen längere Zeit oder mehrere Jahre
dort thätig sind, hat in diesem Betrieb ein solcher Schlen-
drian der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber Platz
gegriffen, daß es die höchste Zeit wird, daß die wenigen
jüngeren Kollegen energig Front machen, um den infolge
dieses Schlendrians eingerissenen unhaltbaren Zuständen
Einhalt zu gebieten und sie durch ein kräftiges Veto einzu-
dämmen. So oft auch in letzter Zeit seitens der Verbands-
leitung versucht worden ist, in die Theilnahmslosigkeit der
Frieter u. Rosmann'schen Kollegen Wreide zu legen,
ebenso oft mußte sie sich mit dem negativen Resultat abfin-
den, daß infolge der Stumpfsinnigkeit der dortigen Kollegen
der Erfolg gleich Null war. In der vorletzten Versammlung
waren nur 13 Kollegen anwesend, also etwas über 3 Proz.,
die große Masse bleibt ja den Versammlungen nur deswegen
fern, um nach oben hin keinen Anstoß zu erregen, während
sie im Geheimen wie die Hochspraken schimpfen und die
Faust in der Tasche halten. Sollte sich die große Masse
der Frieter u. Rosmann'schen Kollegen nicht vor sich selbst
schämen, daß es so weit kommen konnte? Sind die Kollegen
der Firma F. u. R., wenn sie es ihrer eigenen traurigen
Lage nicht schuldig zu sein glauben, wenigstens den orga-
nisierten Metallarbeitern Berlins schuldig, daß bei genannter
Firma endgiltig Remedur geschaffen wird? Sollen sich die
vorkämpfenden Metallarbeiter Berlins bei jeder For-
derung noch länger auf die kühnste Genügsamkeit der
Frieter u. Rosmann'schen Kollegen hinweisen lassen?
Wannend erhebe ich meine Stimme, um den Kollegen der
Firma F. u. R. zuzurufen: Erwacht aus Euren Dorn-
roschenschlaf, rettet, was Euch zu retten noch möglich ist,
ehe Ihr so weit degenerirt seid, daß Ihr Euch überhaupt
zu keinem Widerstand mehr auftraffen könnt! Trachtet
darnach, die Achtung der organisierten Arbeiterschaft wie-
der zu erringen, die Euch durch Euer langjähriges unthät-
diges Verhalten verloren gegangen ist. Sorgt für rege
und lebhafteste Theilnahme an den Werkstättenversammlungen
und lebhafte Theilnahme an den zahlreichem Anschlägen an den
Verband, auf daß Ihr geküßt durch Euren Zusammenhalt
das erringen möget, was Euch bis heute verlagert ist: die
Führung eines menschenwürdigen Daseins.

Gotha. In dem in Erfurt erscheinenden General-An-
zeiger werden für die hiesige Waggon-Fabrik vom. Fritz
Bohmman u. Glüd Arbeiter, Schlosser usw. gesucht gegen
10 h n e n d e Beschäftigung bei dauernder Arbeit. Wie
diese lohnende Beschäftigung ist, dafür liegen uns 15
Lohnzettel der vergangenen Woche aus dieser Fabrik vor.
Hier gibt es Stundenlöhne von 25, 20, 18, 15, ja sogar
13 Pfennigen. Man bedenke, bei 60stündiger Arbeitszeit
pro Stunde 15 Pfg. bekommt man 9 Mk. pro Woche, und
dabei gehen noch die Beiträge zur Krankenkasse ab. Lohn-
zettel sind dabei, wo in der Woche 73 Stunden gearbeitet ist
bei 18 Pfg. Stundenlohn, macht 13,14 Mk., ab Krankengeld
usw. bleibt 12,69 Mk. Also auch die Ueberstunden werden
dennoch nicht höher bezahlt. Sieben volle Tage und
3 Stunden in einer Woche und 13,14 Mk. Lohn! Eine
solche Bezahlung betrachtet dennoch die Firma als lohnend.
Wir könnten die übrigen Lohnzettel auch anführen, jedoch
wird dies genügen. Die Arbeiter mögen sich, wenn sie diese
oder ähnliche Annoncen lesen, erst vergewissern, was unter
dem Wort „lohnend“ verstanden werden kann. Ein
Schlosser, der bei Auszahlung des Lohnes sagte, das wäre
doch gar kein Lohn, wurde gefragt, ob er in seiner früheren
Beschäftigung mehr verdient hätte, und als er dies natürlich
bejahte, hieß es: „Ja, da gehen Sie doch wieder hin,
warum sind Sie nicht dort geblieben?“ Es mag sich des-
halb jeder Arbeiter erst zweimal überlegen, ehe er bei Aus-
sicht auf solch lohnende Beschäftigung nach hier kommt.

Grimma. Um auswärtige organisierte Kollegen zu war-
nen, ist es wohl an der Zeit, etwas von den hiesigen Zu-
ständen an die Öffentlichkeit zu bringen. Zunächst muß
ich voranschicken, daß wir hier wohl in dem schwärzesten
Winkel vom schönen Sachsenlande leben und es mit der
Organisation sehr traurig bestellt ist. Von etwa 300 hier-
orts beschäftigten Metallarbeitern sind ganze 23 Kollegen
organisiert. Der Grund, daß die Arbeiter hier so un-

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Einzelbestellern von Protokollen des 4. Gewerk-
schaftskongresses diene zur Kenntniß, daß nach Mittheilung
der Generalverwaltung die 2. Auflage bereits vergriffen ist
und die 3. Auflage nicht vor Ende August herausgegeben
werden kann. Demzufolge ist der Vorstand erst frühestens

different sind, liegt wohl darin, daß sie niemals die heimathliche Scholle verlassen haben. Sie betrachten ihre Stellung als Lebensstellung und halten es als selbstverständlich, daß sie ihre Tage beschließen, wo sie geboren sind. Es sind wohl schon Arbeiter entlassen worden, die 10 Jahre hier beschäftigt waren, aber das stört die Anderen in ihrer Stumpfheit nicht. Was es heißt, Arbeitern, die 15 bis 30 Jahre und noch darüber in einer Wube geschäft haben, etwas von Organisation oder Solidarität beizubringen, das weiß wohl nur Der, der schon ähnliche Verhältnisse durchgemacht hat. In der letzten Zeit sind nun fremde Kollegen zugereist, wohl in der Meinung, daß hierorts die besten Verhältnisse herrschen, weil niemals von hier aus eine Klage laut wurde. Geleiteten Schlossern bietet man einen Stundenlohn von 26 Pfg., ob verheirathet oder ledig ist gleich. Einem Kollegen, der auf Verschreibung hierher reiste, bot man 36—40 Pfg. Stundenlohn; selbstverständlich hielt die Firma (Maschinenbau-Aktiengesellschaft Holzern-Granna) ihr Versprechen nicht. 31 Pfg. pro Stunde erhielt er mit Wäsche und Noth. Als die Firma 1900 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde (die Fabrik wurde von der Maschinenbauanstalt Holzern angekauft), versetzte man nicht, die achtjährige Lohnzahlungsperiode in eine vierzehntägige umzuwandeln. Die Arbeiter regten sich wohl drei Tage lang darüber auf, dann war aber das Strohhalmende wieder erloschen. Auch das Akkordsystem wurde immer mehr eingeführt. Das „Regeln“ der Akkordlöhne ging aber erst im April dieses Jahres los, seitdem der Betriebsleiter Herzog hier angestellt ist. (Er soll von Erfurt gekommen sein.) Es wurde so „geregelt“, daß bei einer Arbeit der Preis von 48 auf 30 Mt. herabgesetzt wurde. Macht man Defizit, so kann es vorkommen, daß Einem daselbe vom Lohn abgezogen wird; so sind einem Schlosser 14 Mt. auf einmal abgezogen worden. Die Schußverrichtungen sind auch nicht die besten. An der Schmirgel-scheibe in der Schlosserei ist überhaupt keine. Als „feiner“ Support dient ein hölzerner Tisch, dem aber, wahrscheinlich aus Altersschwäche, das vierte Bein fehlt. Ventilation ist in der Schlosserei ebenfalls nicht vorhanden, man müßte gerade die Thüröffnungen als solche ansehen. In der Formerei befinden sich wohl einige Luftschlöte, die aber, besonders beim Gießen, als Ventilation nicht in Betracht kommen können. Hier sei noch beigefügt, daß in der Formerei doppelt so viel Verletzung sind wie Gehilfen, vier Formen und acht Lehrlinge. In der Dreherei existirt kein Strahn, so daß die großen Gußstücke per Wagen und Hebebaum auf die einzelnen Arbeitsmaschinen gebracht werden müssen. Obige Angaben werden wohl genügen, um arbeit-suchende Kollegen vor diesem Eldorado zu warnen. Das ist der Zweck dieser Zeilen.

Altn-Ehrenfeld. Am 14. Juli reichten 89 Arbeiter der hiesigen Firma Eugen Julius Post, Fassonzieherei, ihre Kündigung ein, und zwar in Folge von 10 Prozent Akkordabzug. Vor etwa einem Vierteljahr legten ebenfalls sämtliche dort beschäftigten Arbeiter einmüthig und geschlossen die Arbeit nieder, und zwar auch wegen 10 Prozent und Einführung des Kolonnensystems; nach dreitägigem Ausstand der Arbeiter einigte Herr Post sich mit den Arbeitern dahin, daß der Abzug rückgängig gemacht wurde, das Kolonnensystem aber eingeführt werden sollte. Leider haben die Arbeiter damals nicht die guten Rathschläge, die ihnen von erfahrener Seite zu Theil wurden, beachtet, sondern sind den Rathschlägen gefolgt, die ihnen einige Harmoniebesitzer unter ihnen gegeben hatten; das, was ihnen von erfahrener Seite vorausgesagt wurde, ist auch thatsächlich eingetroffen, die 10 Prozent waren nicht ihr Ruin, sondern das Kolonnensystem. In dem Betrieb werden hauptsächlich Fahrstuhlrollen hergestellt, diese Fabrikation ist spezialisiert, und zwar in neun Gattungen. Die einzelne Arbeit wird folgendermaßen pro 100 Stück bezahlt: Wozurnden 38 Pfg., Schneiden 54 Pfg., Stadfeilen 1,70 Mt., Schweissen 1,75 Mt., Werpuzen 1,30 Mt., Ausglühen 35 Pfg., Runden 80 Pfg., Nichten 3,80 Mt. und Schleifen 50 Pfg., so daß sich der gesammte Arbeitslohn pro 100 Rollen auf 11,42 Mt. beläuft. Früher überrnahm jeder einzelne Arbeiter seinen Theil für sich, jetzt wird Alles in Kolonnen angefertigt, indem neun Verfertiger eine Kolonne bilden. Nun kommt es sehr häufig vor, daß die Rollen in Folge schlechten Materials beim Schweissen, Löthen oder Nichten entzwei gehen; in diesem Falle erhalten die Arbeiter für die bis dahin geleistete Arbeit keinen Pfennig, haben also die ganze Arbeit umsonst gemacht. Die Kolonnen erhalten, wenn sie die Arbeit übernehmen, einen Kommissionszettel auf so und soviel 100 oder 1000 Stück; man sollte nun meinen, die Arbeiter erhielten nun auch, wenn sie die Arbeit fertig haben, ihr Geld voll ausgezahlt, aber weit gefehlt. In den meisten Fällen, wenn 500 oder 1000 laut Kommissionszettel bestellt sind, geht womöglich die Hälfte der fertigen Rollen diesen Betrag wieder abgezogen; sie müssen auch das, was auf der Bahn beim Transport daran beschädigt worden ist, umsonst wieder in Ordnung machen, wollen die Arbeiter später, wenn diese Bestellung noch einmal herausgeht, ihr sauer verdientes Geld dafür wieder erhalten. Ist nun ein Arbeiter einer Kolonne sein Arbeitsverhältnis in dem Betriebe, so sollte man meinen, er erhielte auch seinen ihm zustehenden Akkord, der auf Lager steht, ausbezahlt. Keineswegs, er erhält nur den durchschnittlichen Höchstverdienst der Arbeiter ausbezahlt. Ebenso geht es dem Arbeiter, der neu in den Betrieb eintritt; kommt irgend eine Lieferung nach seinem Antritt, die vorher schon fort war, wieder zurück, so bekommt er denselben Betrag bei der nächsten Lohnung abgezogen, wie seine übrigen Kollegen, wobei er ja mit diesem Akkord gar nichts zu schaffen hat. Ein derartiges Lohnverfahren steht wohl einzig da! Die

Lohnzahlung ist eine halbjährliche, jeden 1. und 15. im Monat wird abgelöhnt. Und nun die Höhe des Verdienstes! Es liegen uns halbjährliche Lohnzettel vor von sage und schreibe 28 Mt. — 29 Mt. — 30,40 Mt.; einen Arbeiter, der dort schon 10 Jahre beschäftigt ist, mithin in dem Titel vollständig eingearbeitet ist, hat man mit dem Lohn von 19 Pfg. die Stunde ausgelöhnt. Auf dem Lohnzettel findet man auch überhaupt gar keine Ausrechnung über das, was ausbezahlt worden ist; auch wissen die Arbeiter gar nicht, was ihnen an Krankenlöhnen und Invalidengeld abgezogen worden ist; auf dem Lohnzettel findet sich nur der Name und die Summe des Geldes, das in der Lohnliste ist. Und bei diesen Hungerlöhnen hat man noch die Mühseligkeit, den Arbeitern nochmals 10 Prozent abzugiehen. Mit dem jetzigen Abzug geht man etwas diplomatischer vor als letzthin; man fängt jetzt mit einer Kolonne an; man denkt, wenn die Arbeiter damit nicht zufrieden sind, so geht nur die eine Kolonne und die anderen bleiben. Aber die Herren — Herr Post, der Inhaber, und Klapp-roth, der Geschäftsführer, der als die Triebfeder des ganzen Systems gilt — denken nicht an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter, das ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird. Die Arbeiter der Firma Post eruchen nun auf Grund der oben geschilderten Verhältnisse alle Arbeiter, diesen Betrieb zu meiden und dort keine Arbeit anzunehmen. Vor allen Dingen fordern wir die Arbeiter auf: Ginein in die Organisation! Ein großer Theil der dortigen Arbeiter ist noch nicht organisiert, und diese ermöglichen es der Firma, den Arbeitern solche Bedingungen, wie wir sie oben geschildert haben, aufzuerlegen.

Münzberg. In der mechanischen Spielwaarenfabrik von Carrette & Co. sind Differenzen ausgebrochen. Zugung von Metallarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Offenbach. In der hiesigen Aktiengesellschaft für Schriftpresse- und Maschinenbau sind Differenzen ausgebrochen, wegen Einführung der Akkordarbeit. Die Preise waren so niedrig angesetzt, daß an ein Erreichen der Lohnsätze nicht zu denken war. 47 Mann haben die Kündigung eingereicht. Zugung ist fern zu halten.

Begnitz. Wenn wir wiederholt die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung in Anspruch nehmen müssen, so geschieht das auf direkte Veranlassung des Gießmeisters Meier, der unseren Kollegen gegenüber ein so unqualifizierbares Verhalten an den Tag legt, daß uns die öffentliche Kritik solcher Ungerechtigkeiten als das beste Mittel erscheint, Abhilfe zu schaffen, inwiefern die Direktion ja doch nicht auf die Beschwerden der Arbeiter eingehen würde, und diese auch das Vertrauen bei den Arbeitern schon längst verloren hat. Unser letzter Artikel mag ja den Gießmeister Meier sehr verächnelt haben, das muß denn auch gerochen werden. Den oder Jenen läßt man das an der Beurteilung der Arbeit spüren unter dem Vorwand, diese schlecht bezahlten Stücke seien präsent; nichtsdestoweniger liegen diese oft wochenlang umher bis sie gebraucht werden. Verdient unter solchen Umständen der Former nichts, so heißt es, er ist ein Faulenzer, Maulaufreißer usw. Den Gipfel der Gemeinheit erstieg Herr Meier aber gegen einen Former, hinter dem er den Urheber der Kritik in der Zeitung erblickte. Der betreffende Former hatte zwei Gußstücke in die Bestockerei gebracht, an welchen ein kleiner Fehler war, was aber diesen Stücken gar nichts machen konnte, was ja Herr Meier selbst zugab. Da sich aber gerade günstige Gelegenheit bot, um den Formern einmal vor Augen zu führen, daß sich Meier gar nicht kümmert, wenn diese auch das Maul noch so weit aufreißen, erklärte er dem Former: „Ich könnte diese beiden Stücke wohl nehmen. Da aber die Herren Formner so unbedacht waren und mich in der Zeitung veröffentlichten, thue ich das nicht, und sollte gleich wieder ein Artikel über mich erscheinen, so groß als Raum in der Zeitung vorhanden ist.“ Eine derartige, nicht nur den Formner, sondern auch die Aktiengesellschaft schädigende Handlungsweise gehört auf das Entschiedenste gebrandmarkt. Wofentlich gibt die Direktion Herrn Meier Aufklärung dahin, daß derselbe mit seinen Manipulationen nicht auf dem richtigen Weg ist, soll das Verhältnis zwischen Arbeiter und Direktion sich nicht weiter zerklüften. Wie verflucht geschied man wird, sobald man einmal als Meister abanzirt ist, gilt besonders bei Herrn Meier. Er macht alles dreimal so schnell als ein anderer Former, wenn es ans Ansehen der Akkordpreise geht. Ausschluß oder mangelhafte Gußstücke hat Meier ebenfalls nie gemacht und kennt diese nur von anderen Formnern. Auch hat es keinen ausdauernderen Arbeiter gegeben als er früher war. Wir wollen ihn daher seine Formerzeit etwas ins Gedächtniß setzen, denn daß er nicht als Meister vom Himmel gefallen muß doch Meier noch wissen. Er kam Anfangs der 90er Jahre als schlichter Former zugereist, welcher von der Welt noch sehr wenig Kenntniß besaß. Mit der Musterhaftigkeit war es nicht weit her; der blaue Montag und auch manchmal der Dienstag und Mittwoch schienen für ihn öfters gesegnete Feiertage zu sein. Auch in der Praxis scheint ihn manchmal sein guter Stern verlassen zu haben, wie es eben heute auch jeden sterblichen Former noch passiert. Nicht seiner großen Musterhaftigkeit und seiner großen praktischen Kenntnisse hatte er es zu verdanken, daß er hier Gießmeister ist, sondern nur seinem Landsmann und Gönner, dem damaligen Betriebsleiter Fressberger. Die nachfolgenden Leiter der Begnitzerhütte begünstigten ja das Meisterverhältnis Meiers in höchstem Maße und besonders bei dem Betriebsleiter Sch. hatte Herr Meier eine himmlische Zeit. Dem konnte man ja ein X für ein II vormachen, wenn die Sache mal nicht recht klappte. Für heute wollen wir uns mit Herrn Meier nicht weiter befassen, sollten jedoch die Manipulationen desselben einzelnen Formnern gegenüber kein Ende nehmen, sind wir gezwungen uns in anderer Sprache mit diesem Herrn zu befassen. Mit den Urhebern der Artikel hat Meier sich schwer getäuscht, diese sind nicht im Betriebe der Begnitzerhütte zu suchen, kennen aber die Vorgänge ganz genau.

Schönebeck a. E. Die Zahl der Arbeiter in der Norddeutschen Munitionsfabrik ist auf ein Minimum gesunken. Die Leitung glaubt in Wäldern Aufträge zu bekommen und besetzt sich nun in dieser todten Zeit damit die Löhne auf das Erbärmlichste zu reduzieren zu wollen. Wir müssen anstrengend arbeiten, um diesen Akt verhindern zu können und

eruchen deshalb die Kollegen, Schönebeck zu meiden; oder aber müssen sich dieselben von dem Bevollmächtigten R. Schilke Auskunft erholen.

Mechaniker und Optiker.

Mathesow. Die Welt über die Grenzen Deutschlands hinaus berührte Mathesow optische Industrie war vor 10 Jahren noch ein Industriezweig, in dem die Arbeiter am schlechtesten bezahlt wurden. Der Arbeiter mußte, um einen Wochenlohn von 12—17 Mt. zu erzielen, nicht nur 12—15 Stunden täglich frohden, sondern auch die Frau und Kinder mußten ihr Theil dazu beitragen. Oft kam es vor, daß, wenn der Arbeiter sein Wochenpensum geschafft hatte, und er im Geiste schon ausrechnete, was Alles für den erzielten Lohn gekauft werden sollte, der Unternehmer erklärte, für die Arbeit nicht mehr den alten Preis zahlen zu können. Die damals unorganisirten Arbeiter mußten zusehen, wie sich ihre Lebenslage immer mehr verschlechterte. Dieses fortwährende Herabdrücken der Akkordpreise seitens der Unternehmer brachte es zu Wege, daß die Arbeiter im Jahre 1894 begannen sich zu organisieren. Obwohl auch die Mehrzahl der Arbeiter zu diesem Beginnen unwillig den Kopf schüttelte, gelang den erst circa 90 Mitgliedern doch die Abwehr einzelner Abzüge. Durch diese, wenn auch minimalen Fortschritte angefeuert, wuchs die Zahl der deutschen Metallarbeiterverbände verhältnismäßig ziemlich schnell, so daß im Jahre 1898 circa 300 Mitglieder vorhanden waren. In Folge guter Konjunktur wurde denn auch die erste Forderung formulirt und den Unternehmern unterbreitet. Denartiges durstten sich die Arbeiter nach Ansicht der Unternehmer denn doch nicht erlauben und sie lehnten auch selbstverständlich die Forderungen ab. Es kam zum Ausstand. Die Arbeiter zeigten jedoch, was sie in den zwei Jahren gelernt hatten. Sie bestanden glänzend die erste „Feuerprobe“. Schon nach Verlauf von 2 Wochen war der Sieg auf Seite der Arbeiter. Das war ein nennenswerter Fortschritt. Im Jahre 1900 wurden die Akkordpreise abgemindert und da die Unternehmer erkannten, daß die Arbeiter es mit den Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis ernst meinten, waren sie bereit, sich auf gütlichem Wege zu einigen. Es kam dann auch in Anerkennung der gegenseitigen Macht ein Tarifvertrag zu Stande, welcher auf zwei Jahre abgeschlossen wurde. Während wir uns 1896 den 11. Stundentag erkämpften, erzielten wir 1900 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1½ Stunden täglich. Viele unserer Kollegen glaubten nun zwei Jahre in Ruhe zu leben. Sie sollten aber durch die harten Erfahrungen eines Andern belehrt werden. Durch den Tarifvertrag fühlten sich die Herren Unternehmer zu sehr beengt, sie konnten nicht mehr so schalten und walten wie es früher war. Veranlaßt durch diesen Umstand versuchten mehrere Unternehmer den Tarif zu durchbrechen. So wurden in einem Quartal (1. Januar bis 1. April 1902) aus nicht weniger wie 13 Betrieben Abzüge bei der Ortsverwaltung gemeldet. Es gelang zwar jedesmal die Abzüge abzuwehren. Der Tarifvertrag ist nun am 18. Juni d. J. abgelaufen. Obwohl wir Alles versuchten den Vertrag zu erneuern, war es doch nicht möglich, da die Unternehmer nicht organisiert sind und unsere Industrie von der Krise nicht verschont blieb. In Erwägung dessen wurde denn auch in der am 24. Juni abgehaltenen Generalversammlung die An gelegenheit bis auf Weiteres vertagt. Nun versuchte die Firma Nisch u. Günther die Löhne ganz bedeutend zu kürzen. Die Firma hat jedoch die Nachzahlung ohne — uns gewährt. Schon gleich nach dem Inkrafttreten des Tarifs wollte die Firma die Preise für Nickel-Vincenez um 5 Pfg. pro Dukend kürzen, was jedoch nicht gelang. Im Laufe der Zeit wurde die Fabrikationsweise eine andere. Es wurden beschiederlich „technische Verbesserungen“ eingeführt, welche es bedingten, die Arbeiter nicht mehr im Akkord, sondern im Lohn zu beschäftigen. Es wurde die Teilarbeit eingeführt. Als die Arbeiter vor Jahresfrist von der Firma in Lohn gestellt wurden, war der Höchstlohn 24 Mt. pro Woche, obwohl 12—16 Arbeiter im Akkord darüber hinaus verdient hatten. Auf Vorfälligwerden der Arbeiter wurde ihnen versprochen, daß die Lohnarbeit nicht lange dauere, dieselbe sei nur versuchsweise. Die Teilarbeit würde in Akkord vergeben werden und sie wären dann in der angenehmen Lage, diesen Lohnausfall doppelt wieder nachholen zu können usw. Durch diese Nebenarten liebten sich die Arbeiter abhalten, weitere Maßnahmen zu ergreifen. (Das war sehr bedauerlich.) Die Bedenken, welche nachher immer mehr auftauchten, sollten schon im Januar d. J. zur Wahrheit werden. Es wurde versucht, einzelne Arbeiter in Akkord zu stellen (Wadenbrillen) und zwar zu einem Preis, den die Arbeiter nicht ganz ernst nahmen. Dies wiederholte sich des öfteren. Jetzt nahmen die Arbeiter Stellung zu dieser Sache und erklärten die Preise als unannehmbar. Auf diese Art und Weise wollte die Firma den Wochenlohn um 8 Mt. kürzen. Die Firma ließ dann scheinbar davon ab, bis vor Kurzem die Ortsverwaltung gebeten wurde, eine Kommission von je vier Wadenbrillen-, Charnierbrillen- und Vincenezarbeiter wählen zu lassen, da die Firma geneigt wäre, mit den Arbeitern einen Tarifvertrag abzuschließen. Dies geschah denn auch. Die Kommission hatte nun der Dinge, die da kommen sollten. Am 28. Juni erscheint der Chef in Person und tritt mit den Charnierbrillenarbeitern in „Verhandlungen“, welche sich ungefähr folgendermaßen abspielten: „Ich mache Sie gleich darauf aufmerksam, daß, wenn wir nicht einig werden, Sie mit dem heutigen Tage gekündigt sind. Ich will Sie also zahlen für das Groß Brillen 23,10 Mt. Diesen Preis mögen Sie unter sich theilen, wie, ist mir ganz gleich und wenn Sie sich die Köpfe einschlagen.“ Dann sprach dieser „gebildete“ Herr noch von der üblichen Konkurrenz usw. Nach circa 15 Minuten hatten sich die Arbeiter von dieser Schauerrede soweit erholt, daß auch sie zu Worte kamen. Es wird dem Unternehmer vorgerechnet, daß die Arbeiter einen Lohnausfall von 2 bis 6 Mt. pro Woche hätten, alles dies anderte an der Sache nichts, es blieb dabei. Sämtliche Arbeiter, welche nicht auf den Lohn kommen, sind nur zu faul. Eine Verkündigung war völlig ausgeschlossen, da sich das Willkür bei den übrigen Arbeitern genau ebenso stellte. Es wurden unsererseits mehrere Versuche zur Einigung unternommen,

welche das Resultat hatten, daß die Firma auch eine Ver-
ständigung mit den Charnierbrillenarbeitern erzielte. Die
Folge davon war, daß die Kündigung um 8 Tage verschoben
wurde. Nun war dem Unternehmer Gelegenheit geboten,
sich mit den übrigen Branchen zu einigen, da die Charnier-
brillenarbeiter sich ausbelegungen hatten, nur dann zu den
neuen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, wenn eine Einigung mit
den übrigen Branchen zu Stande kam. Es begann ein
Handeln und Fellschen um den Wochenlohn, daß man glau-
ben konnte, man werde sich in einem Auktionslotal ober-
auf der Judenbörse in Hamburg. Zwei Tage gingen
hin, ehe eine Einigung mit den Badenbrillenarbeitern zu
Stande kam, obwohl die Arbeiter genau wußten, immer
noch eine Einbuße am Wochenlohn zu haben. Die Verhand-
lungen mit den Pincenearbeitern gestalteten sich jedoch
etwas anders, als wir erwarteten. Als der Unternehmer
die Preise der einzelnen Kategorien bekannt gab, waren die
Arbeiter auf niedrige Preise gefaßt, aber solche Preise,
die eine Minderung des Wochenlohnes bis 9 Mk. zur Folge
hätten, das wurde von fast allen Arbeitern bezweifelt. Je-
doch es war Thatsache, an ein Zulegen war nicht zu den-
ken, da der Chef erklärte: „Er glaube selbst, daß der Ar-
beiter weniger verdienen würde, aber er solle mit etwas
Hinterhand arbeiten und er wäre in der Lage, mit der
Zeit auch auf seinen Lohn zu kommen.“ In der am Frei-
tag, den 18. Juli, abgehaltenen Werkstattdarstellung, in
welcher auch Koll. Rohrad-Gietlin anwesend war, wurde
der Beschluß gefaßt, in den Abwehrstreik zu treten. Von
104 anwesenden Kollegen stimmten 103 mit Ja, 1 mit Nein.
Am 19. Juli war die Kündigungszeit abgelaufen und es
verließen sämtliche Arbeiter die Werkstatt mit Aus-
nahme von vier, welche es vorzogen, als „besonders nüt-
zliche Elemente im Staate“ zu gelten. Auch die Einschleifer
erklärten sich mit den Fassungsarbeitern solidarisch und
reichten, da eine Einigung nicht zu erzielen war, am 12.
Juli ihre Kündigung ein. Da die Preise sämtlicher Ka-
tegorien und Branchen in Rathenow ziemlich gleich sind,
so wird ein Abzug, wie ihn diese Firma vorzunehmen ge-
denkt, verhängnisvoll für sämtliche opt. Arbeiter am Orte.
Es werden auch sämtliche Grossisten und Kleinmeister
arg geschädigt, ja die Möglichkeit ist vorhanden, daß ihnen
jede Lebensfähigkeit unmöglich wird, da sie nicht mehr mit
der Firma konkurrieren können. Wenn die Firma Nische u.
Kunzler der Konkurrenz die Spitze bieten will, so mag
sie technische Verbesserungen einführen, die es ihr ermö-
glichen, billiger zu produzieren, aber nicht wie es jetzt ge-
schähen soll, auf Kosten der Arbeiter. Daß die Firma alle möglichen
Versuche machen wird, aus Süddeutschland, Nürnberg, Mün-
chen, Stuttgart, Zürich und Frankfurt a. M. Arbeitswillige
herbeizuholen, so ersuchen wir die Kollegen, Fassungs-
arbeiter sowohl als auch Einschleifer, den Zugzug streng fern
zu halten. Kollegen! Es wird dies der hartnäckigste Kampf
werden, den die opt. Arbeiter zu führen gezwungen sind.
Es sind meist ältere Kollegen, welche auch die erprobtesten
Kämpfer für Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen sind. Der Unternehmer rechnet mit dem Abfall der
Kollegen. Dieselben werden ihm aber nicht den Gefallen
thun, sondern an der Seite der übrigen Kollegen den ver-
hängnisvollen Zugzug abzuwehren. Aber an alle noch nicht
organisierten Kollegen richten wir die Bitte, ihre im Auslande
befindlichen Kollegen zu unterstützen, sich mit ihnen solida-
risch zu erklären durch den Beitritt in den Deutschen Me-
tallarbeiterverband.

Schläger.

Breslau. Der Zugzug von Schlägern nach Breslau ist
streng fern zu halten. Die Kollegen stehen in Differenzen
wegen Lohnabzug.

Aus den Agitationsbezirken.

Nordwestdeutschland.

Durch Veränderung in der Gewerbstätigkeit war Koll.
Lobias gezwungen, sein Amt niederzulegen, und ist mit
dasselbe übertragen worden.

Ich erjuche die zum Bezirk gehörenden Verwaltungen,
von jetzt ab sämtliche Geldsendungen, Schriftstücke, An-
fragen und dergl., welche die Agitationskommission be-
treffen, an Unterzeichneten, Bremen, St. Johannis-
straße 30/I., gelangen zu lassen.

Otto Windhöbel.

Aus dem christlichen Gewerkschaftslager.

Weil der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterver-
bandes, Wieber, verhindern wollte, daß die christlichen Ge-
werkschafter hinter den Zolltariffreunden nach dem bekann-
ten Sprichwort, daß mit die allergnädigsten Räuber ihrer
Wegger selber wählen, herkaufen, begünstigte sich der vierte
christliche Gewerkschaftskongreß nicht damit, Wieber in
Licht und Bann zu thun, es wurde auch beschlossen, einen
neuen christlichen Metallarbeiterverband zu gründen, und
den Wieberverband zu Grunde zu richten. Die Ortsbeam-
ten des Wieberverbandes wurden direkt zur Untrene aufge-
fordert, sie sollten mit dafür sorgen, daß der alte christ-
liche Metallarbeiterverband gesprengt werden könne. Es
ist dies ein bisher in der deutschen Arbeiterbewegung ohne
Vergleich gebliebener Vorgang. Er zeigt aber aus der
Gewissenlosigkeit und Demagogie der christlichen Gewerks-
chaftsführer, die für das Scheitern und die materiellen
Interessen der sich ihnen Anverwandten in nur christlicher
Beize thätig sind. Weil das Zeugnis für den Brautwäger
ist, müssen die vom Zentrum begründeten christlichen Ge-
werkschaften auch dafür sein, trotzdem nichts mehr geeignet
ist, die Lebenshaltung des Arbeiters noch mißlicher zu ge-
halten, wie die hochstehenden Pläne der Agrarier und
deren Schützlinge, des Zentrums. Wieber will von den
Schutzplänen des Zentrums nichts wissen und nimmt
offensiv dagegen Stellung. Das ist Verwath an den Pro-
tektoren der christlichen Gewerkschafter, den für Schutz-
zelle jähwährenden Zentrumsführern. Auch die Kammer
des Zentrums sind Wieber gnädig, wie Giesberts, ent-
sprechend der jähwährenden Theorie, erklären, als
Gewerkschafter sei auch er ein Gegner der Hölle, aber als
Politiker würde er sich dafür erklären.“ Natürlich ist er
nicht Politiker wie Gewerkschafter und ist infolge dessen

für hohe Getreidezölle. Wer Projekten machen will,
muß es eben verstehen und — Herr Giesberts versteht's.
Daß die Zollfrage für alle Arbeiter eine Frage
ist, hat er bis auf den heutigen Tag seinen christ-
lichen Gewerkschaftern noch nicht gesagt und selber mer-
ken die Leuten das nicht.

In der Westdeutschen Arbeiterzeitung versucht nun der
Auchgrarier Giesberts von den Verhandlungen auf dem
christlichen Gewerkschaftskongreß in Bezug auf die Ver-
teuerung des christlichen Metallarbeiterverbandes eine Vor-
stellung zu geben, nach der die Zollfrage nicht der Grund
zu dem Vorgehen gegen den Metallarbeiterverband ge-
wesen sein soll. Giesberts stellt es so dar, als ob ein von
Wieber, dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-
verbandes, gegen Giesberts ausgeübte Beleidigung nicht
nur den Ausschluß Wiebers aus dem Ausschuß des Ge-
samtverbandes, sondern auch den Beschluß, einen neuen
christlichen Metallarbeiterverband, also eine Konkurrenz-
organisation im eigenen Lager zu gründen, zur Folge hatte.
Die Darstellung ist ein Hohn auf objektives Urtheil. Aber
man nehme die Behauptung Giesberts als richtig an,
glaube, daß eine ihn durch eine Person verneinlich zuge-
fügte Beleidigung gereichte, die Christenmenschen zu veran-
lassen, eine christliche Organisation zu gründen.
Warum nicht denn der Verband für die angebliche Sünde
einer einzelnen Person büßen und wenn die Organisation
den Interessen der Berufsangehörigen sammt deren Ange-
hörigen dienen soll, wie will man es rechtfertigen, aus per-
sönlichen Empfinden, weil man angeblich beleidigt ist,
die Interessen aller in Betracht kommenden Personen zu
schädigen? Es können allerdings nur Arbeiter in Be-
tracht, aber deren Interessen seinem persönlichen Em-
pfinden zu opfern, ist nach unserer Begriffe von Christlich-
keit doch etwas mehr, als man selbst einem ermaginten Ge-
werkschaftsagrarier zugeföhren kann.

Wir haben gegen die Art, wie die „Christlichen“ sich
gegenseitig bekämpfen, nichts einzutwenden, denn schließ-
lich geht unter diesen Umständen mandem bisher in
Wohnvorstellungen befangenen Arbeiter ein Licht auf und
er kommt zu denen, vor welchen man ihn warnte wie vor
dem Antichrist. Die jedweder Verarmt und Gerechtigkeit
hohnsprechenden Beschüsse, die auf dem 4. christlichen Ge-
werkschaftskongreß bezüglich des christlichen Metallarbeiter-
verbandes gefaßt wurden, zeitigen Früchte; freilich nicht
die erhofften. Die Giesberts, Brust, Stegerwald, Braun
usw. haben sich berechnet.

Es war vorauszu sehen, daß eine solche Vergewal-
tigung, wie sie der Ausschluß des christlichen Metallarbeiter-
verbandes und seines Vorsitzenden aus dem Gesamtver-
bande darstellt, nicht ruhig hingenommen würde. In Augs-
burg hat das „Ortskartell der christlichen Gewerkschaften
für Augsburg und Umgebung“ einstimmig eine Resolution an-
genommen, worin gesagt wird, „daß es keinen Anlaß fin-
det, sich dem Beschluß des 4. christlichen Gewerkschaftskong-
resses zu unterwerfen, welcher besagt, daß es die hiesige
Ortsgruppe der christlichen Metallarbeiter ausschließen solle,
sondern daß es sich zur Pflicht macht, treu wie bisher mit
den christlichen Metallarbeitern weiter zu arbeiten. Ferner
sieht das Ortskartell in der Ausschließung Wiebers und
des christlichen Metallarbeiterverbandes die größte Unge-
rechtigkeit und verurtheilt das Ortskartell die Zurnichtung
des Kongresses an die christlichen Metallarbeiter, daß sie an
ihrem Verbandsvorsitzenden treulos handeln sollen — in-
dem sie ihn im Stiche lassen sollen — auf das Schärfste,
weil dadurch in Zukunft, wenn die Mitglieder hieraus die
Konsequenzen ziehen, Treue der Mitglieder ihrem Verband
gegenüber, sowie überhaupt ihren Kollegen gegenüber, bloß
als ein wandelbares Objekt betrachtet werden könne.“

Dieselbe ungeschickte ablehnende Sprache der Augsburger
Kartellisten Christlichen kam auch in der Resolution zum
Ausdruck, die die Zahlstelle Oberhausen bei Augsburg des
christlichen Metallarbeiterverbandes einstimmig annahm.

Und die christlichen Gewerkschafts-Zollfreunde haben
nicht nur diese eine Enttäuschung erlebt. Gerade dort, wo sie
ohne Widerspruch erwarteten, daß ihrem Beschluß Folge
geleistet würde, erwartete Wieber hater Rückhalt. In
Düsseldorf gingen die Fremde Brusts sogleich nach Be-
endigung des Münchener Kongresses an die Gründung einer
neuen christlichen Metallarbeiter-Organisation. Aber unter
den befehligen Arbeitern stieß dies Vorgehen auf den ent-
schiedensten Widerspruch. Sie wandten sich mit einer Deut-
lichkeit, die nicht zu wünschen übrig läßt, gegen Brust und
dessen Absichten. In einem Aufsatze werden die christlichen
Metallarbeiter aufgefordert, der neuen Organisation nicht
beizutreten. Unter Anderem wird da gesagt:

„Mit Empörung werden die Mitglieder des christlich-
sozialen Metallarbeiter-Verbandes dieses Ansinnen zum
Verwath an ihrer Verbandsleitung zurückweisen, sollten aber
dennoch Ueberläufer Herrn Brust ins Garn laufen, so
wird sich das an ihnen selbst rächen, und der christliche Me-
tallarbeiter-Verband kann sich beglückwünschen, solcher Ele-
mente los und ledig zu sein, solche passen auch besser unter
die Hand des Herrn Brust, als in eine selbstgeleitete, ziel-
bewußte Arbeiterorganisation.“

Schließlich wird die Handlungsweise Brusts in einem
parodistischen Manifest bitter verhöhnt.

In Köln war der Reinsfall der Brust und Komforten
nicht weniger groß. Die dortige Versammlung war einbe-
traffen, um — wie es nach den Einladungen hieß — Stell-
ung zu nehmen zu „dem in München an dem christlichen
Metallarbeiter-Verbande ausgeübten Terrorismus“. Die
Gampfrede hielt Herr Eders aus Duisburg, Redakteur des
dortigen Zentrumsblasses „Echo vom Niederrhein“. Er
gab bezüglich des Ausschlusses Wiebers der Ueberzeugung
Ausdruck, daß lediglich die einschiedene Stellungnahme
Wiebers gegen die Zollpläne die Ursache des Münchener
Beschlusses sei. Der Redner führte unter Anderem aus:
Seit dem gewaltthätigen Münchener Beschluß habe man auf
Seiten der christlichen Gewerkschaften jedes Recht verloren,
sich über Terrorismus der Gegner zu beschweren. Wieber
sei der einzige unter den christlichen Gewerkschaftsführern,
der sich durch sein Eintreten für die Arbeiter finanziell ge-
schädigt hat. „Oder“, so fragte der Redner, „können Sie
mir noch einen Anderen nennen? Ich kenne aber andere
christliche Gewerkschaftsführer, die haben wahrhaftig die
soziale Frage für sich gelöst.“ (Stärkender Beifall.) Ich

habe ein reiches Aktienmaterial, worin Photographien von
christlichen Gewerkschaftsführern enthalten sind: aber ich
sehe von einer Veröffentlichung im Interesse der christlichen
Bewegung vorläufig ab!“

In der Diskussion protestirten die Vertreter der Zahl-
stellen Köln, Deuz, Wülheim a. Rh., Kall, Humboldt-Kolonie,
Goben, Nippes, Ehrenfeld und Düren sammtlich gegen den
Münchener Beschluß. Der Vertreter von Kall berichtete:
Die Zahlstelle Kall habe eine Resolution gegen den Mün-
chener Beschluß gefaßt und an die Zentrumsbätter geschickt.
Der „Kölner Lokal-Anzeiger“ (Eigentum der Firma
Wachem, der Besitzer der „Kölnerischen Volkszeitung“) habe
den Bericht als „ungeeignet“ zurückgeschickt. Der „Rhein-
Merkur“ habe das nicht mal für nöthig gehalten, und auch,
als treue katholische Arbeiter und langjährige Momente
um Mittheilung des Grundes im Briefkasten boten, diese
nicht mal einer Antwort gewürdigt. (Psuil-Rufe.) Ein
anderer Vertreter erklärte: Man sei sogar dazu überge-
gangen, mehrere christliche Arbeiter, weil sie sich durch ihre
Unabhängigkeit unbeliebt machten, brotlos zu machen, ob-
wohl sie Familienväter seien. Das schlage doch den christ-
lichen Grundrücken ins Gesicht.

Die Versammlung nahm gegen 5 Stimmen von christ-
lichen Holzarbeitern (eine große Zahl der Redner stimmte
für die Resolution) eine Erklärung an, worin sie mit aller
Entschiedenheit protestirt „gegen die Vergewaltigung des
christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes seitens der Ge-
neralversammlung des Gesamtverbandes der christlichen
Gewerkschaften“. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntniß von
der geplanten Gründung eines zweiten Metallarbeiter-Ver-
bandes und bezeichnet diese als einen Verwath an dem christ-
lichen Verband. Das Verhalten der Delegirten in Mün-
chen, die einem solchen „auf persönlichen Haß zurückzu-
führenden Antrag“ ihre Zustimmung gaben, wird tief be-
dauert. Die Versammlung verspricht, mit unverrücklicher
Treue an der Verbandsleitung festzuhalten“. Zum Schluß
heißt es in der Resolution: „Angesichts der traurigen Thats-
sache, daß der Verband von der Kölner christlichen Presse
(die Zentrumsbätter sind gemeint), wenn auch nicht gerade
bekämpft, aber doch abjählich vernachlässigt wird, müssen
wir unser Verhalten gegen diese Presse in Zukunft einer
Revision unterziehen.“

Nach der Annahme dieser Resolution kam es zu äußerst
erregten Szenen zwischen den christlich organisierten Holz-
arbeitern und den Metallarbeitern. Es fielen Worte, wie
„elende Verleumder“ und „Lump“. Der Vorsitzende der
christlichen Holzarbeiter beschimpfte den abwesenden Wieber
als heimtückischen Angreifer, der aus dem Hinterhalt Pfeile
entferde, der verächtliche usw., worauf ihm von dem Re-
ferenten erwidert wurde, daß selbst Anarchisten eine solche
Stampfesweise nicht üben. Die Beschimpfungen flogen un-
ter größter Unruhe der Versammlung hinüber und herüber,
bis schließlich der Wirth dazu überging, das Gas auszu-
brechen, um die Versammlung, die bereits über vier Stun-
den dauerte, zum Ende zu bringen.

Ähnliche Abföhren wurden den neuen Gewerkschafts-
gründern in allen Städten zu Theil, wo der Wieberverband
Anhänger hat. Nur in Krefeld gelang es, dem Münchener
Beschluß der Christlichen Anerkennung zu verschaffen. Doch
— die von den Gewerkschaftsagrariern versuchte weiter-
Spaltung und Zerklüftung der Arbeiterschaft wird nur uns
Früchte bringen.

R u n d s c h a n.

Krupp'sche Arbeiter gegen Krupp'sche Wohlthat. Am
17. Juli referirte Reichstagsabgeordneter B a u d e r i-
Apolda in einer sehr gut besuchten Versammlung der Ar-
beiter von Krupp in Essen über die Wohlthaten Krupps
für seine Arbeiter. Eine einstimmig angenommene Reso-
lution hat folgenden Wortlaut:

„Die heute, am 17. Juli 1902 im Saale des Herrn
Kost in Altkendler-Essen stattfindende, von circa 1000 bei
der Firma Krupp beschäftigten Arbeitern besuchte Versamm-
lung widerspricht der vielfach von Nichtarbeitern ausgespro-
chenen Meinung über die Krupp'schen Kasseneinrichtungen.
Die Einrichtungen können als Wohlthaten in Betracht
kommen, wenn ihnen zugesprochenen Sinne nicht anerkannt werden,
da die Kassen obligatorisch eingeföhrt sind, den Arbeitern die
Beiträge zwangsweise vom Lohn in Abzug gebracht werden,
die Arbeiter aber durchaus keine Rechte an die Kassen gel-
tend machen können, dieselben mit Ausschneiden aus den
Dienstleistungen der Firma Krupp auch als Mitglieder der Kassen
ausscheiden, ganz gleich, ob die Entlassung mit oder ohne
Einwilligung der Arbeiter erfolgt, sie in keinem Falle aber
die zwangsweise einbehaltenen Beiträge zurück erhalten,
und unter keinen Umständen Rentenansprüche geltend
machen können. Da Entlassungen nach 10- bis 20jähriger
Dienstzeit erfolgen, berechnet sich der Schaden einzelner
Personen auf viele hundert Mark. Die jährlichen Beiträge
begriffen sich auf durchschnittlich 35 bis 36 Mark, dazu
Einzahlungsbeitrag in Höhe von 6 bis 8 Mark.“

Durch die erwähnten Kassen wird die Freiheit des Ar-
beitsvertrages aufgehoben, indem es die Firma in der
Hand hat, mißliebige getwordenen Arbeitern durch Kündigung
des Arbeitsvertrages die durch schwere Beitragszahlung
erworbenen Rechte vorzuenthalten. Dadurch werden die
verneinlichen Wohlthateneinrichtungen zu einer Fessel, die
den Arbeiter in seiner Meinungs- und Bewegungsfreiheit
hindert.

Darum fordert die Versammlung die gesetzgebende
Körperschaft — Reichstag — auf, gesetzliche Bestimmungen
zu treffen, welche den Arbeitern unter allen Umständen
wenigstens die von ihnen geleisteten Beiträge sichern.
Dieselbe Forderung wurde bereits von über 7000 Krupp-
schen Arbeitern erhoben in Versammlungen, die am 6., 14.,
15., 16., 25., 28. März und am 4. April d. J. stattfanden.
Die Versammlungen waren einberufen vom deutschen
Metallarbeiterverband, vom christlichen Metallarbeiterver-
band und vom Girisch-Dunderschen Verband der Maschinen-
bauer.

Die Versammlung bittet den Reichstagsabgeordneten
Baudert, die Wünsche der Krupp'schen Arbeiter im Reichs-
tag zu vertreten.“

Verzögerung der Arbeitszeit der Frauen. Bekanntlich
sind die Gewerbeinspektoren angewiesen worden, ihr Gut-

achten abzugeben, ob eine Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit der Frauen von 11 auf 10 Stunden möglich und zu empfehlen sei. Die Gewerbeinspektoren scheinen nun ihre Weisheit von den Unternehmern beziehen zu wollen. Wenigstens berichtet die „Boschische Zeitung“, daß die Gewerbe-Inspektion M.-Glabbach vom Vorsitzenden des Verbandes rheinisch-westfälischer Baumwollspinner auf ihre Anfrage eine verneinende Antwort erhalten habe. Jede Herabsetzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Spinnereien würde, so soll es in der Antwort des Unternehmers heißen, die Herabsetzung der Arbeitszeit überhaupt, also auch die sämtlicher männlichen Arbeiter, zur unausbleiblichen Folge haben. Der Verband weist dann im Einzelnen nach, daß in regelrechten Zeiten jede Verkürzung der Arbeitszeit in den Baumwollspinnereien eine entsprechende Erhöhung der Gestehungskosten und demgemäß auch eine Verminderung des Lohnes zur Folge haben müsse. Ob eine Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden angezeigt erscheine, hänge von den örtlichen Verhältnissen ab und würde gegebenenfalls keine Schwierigkeiten bieten, wenn die Arbeiter damit einverstanden seien, Wenden eine halbe Stunde später zu schließen. Ein früherer Schluß der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter an Samstagen, als um 5 1/2 Uhr, wie jetzt bereits, sei unmöglich. Uebriglich beurteilt man nach der „Wöln. Btg.“ die Frage in anderen Betriebszweigen, die weibliche Arbeiter beschäftigen. — Wenn alle Gewerbeinspektoren so verfahren, dann kann man im Voraus sagen, wie die Gutachten ausfallen werden. Vom deutschen Unternehmertum ist in absehbarer Zeit keine bessere Einsicht zu erwarten, obwohl die zehntausendige Arbeiterzahl auch in Deutschland schon längst für Hunderttausende von Arbeitern üblich ist und obwohl die Erfahrung längst gelehrt hat, daß auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Arbeit nicht verteuert, sondern gerade umgekehrt verbilligt und die Industrie leistungsfähiger macht.

Eine lehrreiche Statistik hat die 7913 Mitglieder zählende Ortskrankenkasse Göttingen herausgegeben. Unter Zugrundelegung der Lohnklasseneinteilung, nach welcher Arbeitslöhne bis zu 1,50 Mk. Lohn im Durchschnitt mit 1 Mk., bis zu 2,50 Mk. mit 2 Mk., bis zu 3,50 Mk. mit 3 Mk. und bis zu 6,66 Mk. mit 4 Mk. in Rechnung gestellt werden, ergibt sich, daß sich die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen seit 1893 stetig gehoben haben, und zwar die ersteren von 2,48 Mk. auf 3 Mk., die der letzteren von 1,87 Mk. auf 1,77 Mk. Die Zahl der Arbeiter in der ersten Lohnklasse hat sich in dem erwähnten Zeitraum von 4 auf 17,5 Prozent der Gesamtmitgliedszahl, in der zweiten Klasse von 20 auf 31 Prozent gehoben, während sie in der dritten Klasse von 36 auf 31 und in der vierten Klasse von 40 auf 20 Prozent zurückgegangen ist. Diese Lohnsteigerungen, die insgesamt Beihunderttausende von Mark ausmachen, sind lediglich ein Verdienst der Gewerkschaften.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1901. Die Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs hat eine gründlich durchgearbeitete Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der ihr angeschlossenen und ihr nahestehenden Gewerkschaften veröffentlicht. Die Statistik umfaßt die Berufs-gewerkschaften, die allgemeinen Gewerkschaftsvereine und die Arbeiter-Bildungsvereine. Die ersteren sind die eigentlichen Träger der Gewerkschaftsbewegung, während die beiden letztgenannten Organisationsarten nur zum Teil gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen.

Die Berufsgewerkschaften gliedern sich wieder in drei verschiedene Formen der Organisation: Central-Vereine (32), Landes- oder Lokalvereine (266) und Ortsgruppen (1273). Oesterreich zählte also 1571 gewerkschaftliche Organisationen, die sich auf 90 Berufe verteilen und zusammen 113.672 männliche und 5378 weibliche, insgesamt also 119.050 Mitglieder aufweisen. Die Zahl der eigentlichen gewerkschaftlichen Organisationen ist gegenüber dem Jahre 1899 um 16 gestiegen, die Mitgliederzahl aber um 284 zurückgegangen. Die allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsvereine haben sich im Berichtsjahre an Zahl zwar vermehrt, an Mitgliedern aber um 5000 abgenommen, die wohl zum Teil in die eigentlichen Gewerkschaften übergetreten sind. Allgemeine Gewerkschaftsvereine wurden im Berichtsjahre 167 mit 7150 Mitgliedern, und Arbeiter-Bildungsvereine 556 mit 26.374 Mitgliedern gezählt.

Während der Mitgliederzuzug bei den Berufs-Gewerkschaften gegen das Jahr 1899 im Ganzen nur ein geringer ist, weisen einzelne Berufe sehr erhebliche Verluste auf. So ist die Zahl der organisierten Bauarbeiter zurückgegangen von 4715 auf 1505, die der Bergarbeiter von 13.083 auf 7564, der Handschuhmacher von 1122 auf 780, der Textilarbeiter von 9638 auf 6848. Andere Organisationen weisen dagegen erhebliche Zunahmen auf. Es stieg die Zahl der organisierten Buchdrucker von 8613 auf 9793, der Eisenbahner von 16.385 auf 25.079, der Eisen- und Metallarbeiter von 14.366 auf 15.571, der Holzarbeiter von 2840 auf 3894, der Schuhmacher von 2445 auf 3434 usw.

Die Klassenverhältnisse der Gewerkschaften haben sich im Vergleich zu früheren Jahren bedeutend günstiger gestaltet. Die Einnahmen der gesamten Organisationen betrugen im Jahre 1896 985.171,76 Kr., 1899 1.852.440,59 Kr., 1901 2.229.346,21 Kr. — In diesen drei Jahren wurden ausgegeben: für Reise-Unterstützung 25.746,02 Kr., 7.486,92 Kr., 96.691,26 Kr., für Arbeitslosen-Unterstützung 102.189,72 Kr., 286.003,81 Kr., 377.448,59 Kr., für Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung 140.389,03 Kr., 400.151,02 Kr., 538.890,06 Kr., für Nothfall-Unterstützung 12.967,34 Kr., 24.448,01 Kr., 40.362,55 Kr. — Die Streikgelder, die durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden müssen, ergaben, so weit Angaben darüber vorliegen: für eigene Streiks 102.410,18 Kr., für fremde Streiks 1.802,70 Kr., für Gemahrgelder 12.759,07 Kr. Diese Zahlen ergeben noch nicht die Gesamtsumme dessen, was für Streiks gesammelt resp. ausgegeben wurde, da die Organisationen hierüber die Auskunft verweigerten,

und geschah das mit Rücksicht auf die reaktionären Verhältnisse Oesterreichs, die die Gewerkschaften veranlassen, Streikgelder nur auf Umwegen zu sammeln. Das Beschreiten des geraden Weges wird zwar nicht durch das Gesetz, wohl aber durch die verbohrtete Bureaucratie verhindert. Um diesen und noch anderen die Gewerkschaftsbewegung hemmenden Uebelständen abzuhelfen, will die Gewerkschafts-Kommission einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten, der dann von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingereicht wird.

Skandinavischer Situationsbericht. In Dänemark dauert die Krise unverändert fort. Kopenhagen allein zählt zirka 900—1000 Arbeitslose innerhalb der Eisen- und Metallindustrie. Die Arbeitgeber suchen selbstverständlich die Lage zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie so weit als möglich die Löhne herabzusetzen suchen. Erfolge, die durch Jahre lange Arbeit errungen sind, gehen zum Teil wieder verloren, und wenn ein Arbeiter sich erlaubt, auf sein unbestreitbares Recht hinzuweisen, wird er kurz und brutal damit abgepeitscht: „Es sind Leute genug außerhalb dem Thore; sind Sie nicht zufrieden, so können Sie zusammenpacken, ich bekomme Beihn für Einen!“ In erster Linie suchen sich die Arbeitgeber zu solchen Chikanen die Mitglieder der Organisation aus. Glücklicher Weise ist unsere dortige Bruderorganisation stark gefestigt, die Mitglieder gut diszipliniert und von dem Organisationsgedanken durchdrungen, so daß die Arbeitgeber mit ihrer Taktik weiter nichts als Unzufriedenheit und Erbitterung erzielen.

Aus Norwegen hätten wir noch Einiges vom Kongreß unserer dortigen Bruderorganisation nachzutragen. Da ist vor allem die überaus wichtige Einrichtung, die auf dem Kongreß zur Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder getroffen wurde, zu nennen. Dieser Versicherungsplan besteht für jedes Mitglied 8 Oere pro Woche zugeführt. Nach einjähriger Mitgliedschaft, d. h. nach voller Beitragsleistung während 52 Wochen, wird im Sterbefalle an die Hinterbliebenen eine einmalige Entschädigung von 100 Kronen gezahlt; für jede weitere Beitragsleistung von 52 Wochen steigt diese Summe um 100 Kronen, bis sie mit 10jähriger Mitgliedschaft, gleich 520wöchiger Beitragsleistung, ihren Höhepunkt erreicht, d. i. 1000 Kronen. Der Beitrag beträgt für die Folge 43 Oere pro Mitglied und Woche an die Hauptkasse, wozu noch der Beitrag an die Zahlstellen, resp. Zweigvereinskasse, kommt. Da selbst die Hauptkasse gesonderte Klassen führt, wird sich der 43 Oere-Beitrag wie folgt verteilen: für die obige Einrichtung 8 Oere, für die Verwaltung des Verbandes 8 Oere, für den Reservefonds 17 Oere und für die Reise- und Unterstützungs-kasse (Arbeitslosen-Unterstützung usw.) 10 Oere. Alles pro Mitglied und Woche. Die Reiseunterstützung beträgt pro Tag 1 Krone, die Arbeitslosenunterstützung nach dreijähriger Mitgliedschaft 1,25 Kronen, nach fünfjähriger Mitgliedschaft 1,50 Kronen pro Tag, bis insgesamt für 60 Tage während eines Kalenderjahres. Ferner wurde der Hauptvorstand um fünf Mitglieder reduziert, sodas anstatt wie bisher 10 jetzt nur 5 Mitglieder den Hauptvorstand bilden, zuzüglich den Geschäftsführer und Hauptkassier. Die Werkstättenläuse sollen fortan als Glied der Organisation einverleibt werden. Auch wurden für dieselben besondere Statuten ausgearbeitet. Eine von einigen im Jahre 1901 ausgesperrten Mitgliedern (Instrumentenmachern) in Christiania errichtete Produktionsgenossenschaft „Norst Instrument-Fabrik“ erhielt eine größere Anleihe aus der Verbandskasse bewilligt zur Ausdehnung des Geschäftsbetriebes.

In Schweden hält auch die flaute Konjunktur recht fühlbar an. Eine kleine Verbesserung dem vorhergehenden Jahre gegenüber dürfte allerdings zu verzeichnen sein, aber immerhin ist der Zustand noch weit davon, „tollig“ zu sein. Unsere dortige Bruderorganisation ist zur Zeit in mehrere Konflikte verwickelt, so in Hallstammar seit dem 12. Mai wegen Lohn-differenzen gleichfalls in Nyköping und an mehreren anderen Stellen. In Eskilstuna gelang es, durch Entgegenkommen des Arbeitgebers, in einem Betriebe mit 170 Arbeitern eine ganz angenehme Lohnerhöhung zu erlangen. Eine recht ungeheure Act Konkurrenz treiben mehrere Messerfabriken in Eskilstuna, der weltbekanntesten Stadt der schwedischen Messerfabrikation. Eine kürzlich vorgenommene Anfertigung hat erwiesen, daß Messer, deren Herstellungskosten 9,76 Kr. betragen, für 8,85 Kr. bis 9 Kr. per Duzend verkauft werden. Der Arbeitslohn für diese Messer beträgt in den soliden Fabriken, die sich an solcher Konkurrenz nicht betheiligen, 4 Kr. per Duzend. In den Schleuderwerkstätten ist der Lohn auf 2,50 Kr. bis 3 Kr. herabgesetzt worden. Da nun die solchermaßen hergestellte Arbeit in Bezug auf Qualität Vieles zu wünschen übrig läßt, sind diese Fabriken so vorsichtig gewesen, ihre Namen von den Messern zu entfernen, und werden sie nur mit „Eskilstuna“ gestempelt. Da nun auch nach Deutschland ein recht erheblicher Messerexport von Schweden aus besteht, thun die Käufer gut, dieses zu merken. Der infolge des Generalstreiks ausgebrochene, später „beigelegte“ Konflikt bei „Separator“ in Stockholm hat noch eine ganze Anzahl Mitglieder unserer Bruderorganisation arbeitslos gemacht. Ungefähr 100 Mann wurden nicht wieder eingestellt, dank des brutalen Auftretens des Herrn Bernström.

Es scheint wirklich, als ob der Genosse Regien recht behalten sollte (auch so weit andere Länder als Deutschland in Betracht kommen) mit seiner Klugheit: „Je fortgeschrittener das Unternehmertum ist, je brutaler wird es“.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Mainz. Die am Montag, den 7. Juli, stattgefundene Mitgliederversammlung erstreute sich eines guten Besuchs. Die Berichterstattung erfolgte durch den Delegierten Schell, welcher auch zugleich die abgeänderten Paragraphen des Statuts erläuterte. Bei der nachfolgenden Debatte wurde von allen Mitgliedern lebhaft behauptet, daß die Delegierten in so engherziger Weise die Rechte der Mitglieder einzuschränken suchen. Insbesondere die §§ 9 und 10, Einschränkung der Versicherung, seien nicht zeitgemäß und sprechen die Mitglieder die Erwartung aus, daß die nächste

Generalversammlung die reaktionären Bestimmungen aus dem Statut ausmerzt und die Wahlabtheilungen bei der Wahl von Delegierten vorsichtiger sind und nicht solche Delegierte wählen, welche in den stattfindenden Konferenzen alles versprechen und nachher nichts halten.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist das 43. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unzeitige Romantik. — Minimallohn und Arbeiterbeamtenthum. Von W. Steinfacht. — Zur bayerischen Wahlrechtsreform. Von Hans Rollwagen-Augsburg. — Die sozialistische Partei Brasiliens. Von Paul Löbe. — Ein Beitrag zur Parteigeschichte in Oesterreich. Von Viktor Stein. — Vom Naturalismus im Roman. Von Franz Dieberich-Bremen. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. B. Rugelemann. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

L. Rathenow. Wir sind sehr zufrieden und bitten von Zeit zu Zeit um einen Situationsbericht. **Hamburg.** Wegen Zugangs-warnung unter: „Zur Beachtung, Zugang ist fern zu halten“ müssen Sie sich an den Hauptvorstand wenden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

- Altona.** (Allg.) Am Dienstag, den 12. August, Abends halb 9 Uhr, bei Christiansen, Blumenstraße 41.
- Albstättig.** Samstag, den 9. August, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.
- Augsburg.** Samstag, den 9. August, Abends 8 Uhr, im blauen Bod.
- Hamburg.** Samstag, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Markusbrücke.
- Bayreuth.** Samstag, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.
- Bergedorf.** Jeden ersten Sonnabend im Monat im Deutschen Haus.
- Berlin.** Sonnabend, den 2. Aug., Abends halb 9 Uhr bei Dusch, Pichelsdorferstr. 5, Abendsprache der Spandauer Kollegen. — Sonntag, den 3. Aug., Vorm. 10 Uhr bei Wegel, Brangelfstraße 136, Morgensprache der Schrauben-dreher. Die Vertrauensleute sind besonders eingeladen.
- Berlin.** Montag, den 4. August, Abends halb 9 Uhr General-Versammlung bei Keller, Koppentstraße 29. Tagesordnung: 1. Kasernenbericht und Bericht der Revisionen. 2. Neuwahl des Kassiers, des 2. Bevollmächtigten, zweier Revisoren, zweier Beisitzer und eines Bureau-Beamten. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. — Ohne Mitglieds-buch kein Zutritt. — Sonntag, den 10. Aug., Vorm. 10 Uhr, Gas-, Wasser- und Heizungsrohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus (großer Saal). — Mittwoch, den 13. Aug., Abends halb 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal VII, Heizungsrohrleger und Helfer.
- Berlin.** Konferenzen der Vertrauensleute, Sonntag, den 3. Aug., Vorm. halb 11 Uhr, für Rohrleger im Gewerkschaftshaus, Saal III. Tagesordnung: Unsere Agitation. — Dienstag, den 5. Aug., Abends halb 9 Uhr, für Klempner im Gewerkschaftshaus. — Montag, den 11. Aug., für Former im Gewerkschaftshaus, Abends halb 9 Uhr, Saal VII. — Mittwoch, den 6. Aug., Abends halb 9 Uhr, für den Osten bei Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — Mittwoch, den 6. Aug., Abends halb 9 Uhr, für den Westen bei Kunkle, Bülowstr. 59.
- Bremerhaven.** Sonnabend, den 9. Aug., im Colosseum, Bürgermeister Smittstraße.
- Breda.** Samstag, den 2. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.
- Colmar i. G.** Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Schlettstadt“.
- Cottbus.** Versammlung am 9. August fällt aus wegen Betheiligung am Textilarbeiter-Bergnügen.
- Danwig.** Donnerstag, den 7. Aug., Abends 8 Uhr, im Lokal, Brodbänkengasse.
- Dessau.** Sonnabend, 9. Aug., Abends halb halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße.
- Detmold.** Samstag, den 2. Aug., bei Gellrich, Hornsche-sträße 11.
- Dortmund.** (Allg.) Samstag, 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.
- Dohheim.** Samstag, den 9. Aug., bei Stuhl, „Zur schönen Aussicht“.
- Döbeln i. S.** Sonnabend, den 9. August, Abends halb 9 Uhr, bei Hempel, Neuegasse.
- Duisburg.** Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Hof von Holland, Oberstraße 6.
- Dülken.** Sonntag, 3. Aug., bei Ant. Wiskes, Schulstr. Dajelst Fehbergelokal.
- Düsseldorf.** (Former.) Sonntag, den 10. Aug., Vorm. halb 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße 8.
- Eisenach.** Sonntag, den 10. Aug., Vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum fröhlichen Mann.
- Eberfeld.** Samstag, den 9. Aug., Abends punkt halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstraße 83.
- Emden.** Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.
- Erfurt.** (Allgem.) Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Liboli, Magdeburgerstraße 51.
- Erfurt.** (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 9. August.
- Eisen a. M.** Samstag, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Rottstr. 13.
- Finstertwals.** Sonnabend, den 9. August, Abends halb 9 Uhr im Gesellschaftshaus, Rumbach.
- Frankfurt a. M. - Sachsenhausen.** Freitag, den 8. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Riepel, gr. Rindgasse 56 in Sachsenhausen. — Samstag, 9. Aug., Abends halb 9 Uhr,

im „Abler“, Frankfurterstraße 53 in Vöckenheim. — Für Spengler und Installateure am Samstag, den 9. Aug., im Gewerkschaftshaus, II. St., Kolleg Nr. 4.

Freiburg. Samstag, den 9. August, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zum „Stern“.

Gelsenkirchen. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr bei Gerhard Kampes am Hermannsplatz.

Götha. Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der Schölung, Dammweg.

Grünberg i. Schl. Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Gasthof „brauner Hirsch“.

Guben. Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.

Halle a. S. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 2. Aug., im Restaurant „Drei Könige“, II. Ulrichstr. 36.

Halle a. S. (Kesselschmiebe.) Sonnabend, den 2. Aug., in der „Northburg“.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Gasthof, Burgstr.

Heidelberg. Samstag, 9. August in Sigels Bierwirthschaft, untere Neckarstr. 66.

Hellighaus. Sonntag, den 3. Aug., Abends 6 Uhr im Gasthof am Steinberg von Aug. Köber, Hettenscheid. Neuwahl des Bevollmächtigten. Kassenbericht.

Jena. (Allgem.) Sonnabend, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Krone.

Kalk. Dienstag, den 5. Aug., Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Ecke bei Nikolaus Ried, Vitoriastr. 70.

Karlruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, den 2. Aug., Abends 8 Uhr, in der Fortuna, Ludwigplatz.

Karlruhe. (Westfahl.) Samstag, den 2. Aug., Abends halb 9 Uhr, in der Kaiserallee, Mühlburg. Vortrag.

Karlruhe. (Allgem.) Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr im goldenen Adler, Karl Friedrichstr. 12.

Kiel. (Klempner.) Dienstag, den 5. August im Engl. Garten.

Köthen. Samstag, den 23. Aug., im Lokal des Herrn Biesl, Schloßkirchstraße 12.

Köln a. Rh. (Formen.) Sonntag, den 10. Aug., Vormittags 11 Uhr, bei Gerhards in Deuz, Düsseldorfstr. 1.

Köln a. Rh. Samstag, den 16. Aug., Abends 9 Uhr, bei Hompeich, Krämergasse 18.

Köln-Glückenthal. Sonntag, den 10. Aug., Vormittags 10 Uhr bei A. Schwung in Brunsfeld.

Kiel-Graven. Am 5. August, Abends halb 9 Uhr bei Schnoor, Gaardener-Würfe.

Lauenburg. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Carl Hermann.

Mühlheim a. d. Ruhr. Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat bei Wittwe Müller, Wallstr. 29 (Zur Schwiege), halb 9 Uhr.

Neu-Kuppin. Sonnabend, den 9. Aug., im Gesellschaftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 3.

Nienitz a. O. Samstag, 2. Aug., Hünjels Brauerei, Freistädter Straße 1.

Nordenham. Sonnabend, 9. Aug., Abends 8 Uhr, bei H. Zapferwein.

Oberhausen (Rheinland). Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr bei Peter Hermanns, Ede Grenz- und Lothringersstraße.

Offenbach a. M. Montag, den 4. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Ostburg. Samstag, 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Schützen.

Pforzheim. Samstag, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, im Deutschen Haus.

Pleua a. d. E. Sonnabend, den 9. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Weißen Hof“.

Quedlinburg. Sonnabend, 9. Aug., Abends 8 Uhr.

Rastatt. Samstag, den 9. Aug., bei Kling, Friedr. Schenkstr. 25/II, rechts.

Schmalhalden. Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, in der „Hofenan“.

Schw. Hall. Samstag, 2. Aug., Abends 8 Uhr, im „Rathhaus“.

Schwerin. Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, Nr. Moor 61.

Sebaldsbrunn. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Jannoni, Sebaldsbrunn.

Siedlin a. Aug. (1. Bezirk.) Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Voigt, Große Ritterstr. 7.

Siedlin. (2. Bezirk.) Dienstag, den 5. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Wiltz, Schmidt, Pöhligerstraße. Vortrag des Genossen Göbel.

Siedlin a. Aug. (4. Bezirk.) Sonnabend, den 2. Aug., Abends 8 Uhr, im Breidover Schützenhaus. Vortrag.

Solingen. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Gels, Cronenbergstraße.

Sonshagen. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr. Die Riffstände in Wälfath, besonders bei der Firma & Comp.

Sonshagen. Samstag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jägerhofstraße.

Sonshagen. Sonntag, den 10. Aug., Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Effer, II. Bechstraße 25.

Weißenfels. Samstag, den 2. Aug., Abends halb 9 Uhr, in der Reichstrasse Referent Genosse Schneiderberger aus Halle. Wichtige Tagesordnung.

Wittenberge. Jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Fischer, Karlsplatz 1.

Wittenberg. Sonnabend, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Lindenstr. 20.

Wittenberg. (Allg.) Sonntag, den 9. Aug., Abends halb 9 Uhr bei Knob, Hermannstr. 1.

Witz. Sonnabend, den 9. Aug., Abends 8 Uhr, bei Schneider, Gartenstr. 44.

Zwickau. Sonntag, 9. Aug., Abends 8 Uhr, bei Gerhards.

auf den festgesetzten Liquidationen, eine, von der mittleren Ortsverwaltung festzusetzende Entschädigung, welche die Summe von 25 Mk. nicht übersteigen darf, zu gewähren.

2. Zum Zweck der Agitation und Aufklärung unter den Kollegen hat die Ortsverwaltung von Zeit zu Zeit, mindestens aber im Jahre zweimal, Flugblätter herauszugeben. 3. Diejenigen wahlberechtigten Kollegen, die wegen ihrer hervorragenden agitatorischen Thätigkeit für die Organisation gemäßigelt werden, erhalten, um 3 Mk. höhere Unterstützung als sonst üblich ist. Es ist wohl angedacht, zu bemerken, um Missverständnisse zu begegnen, daß die durch die ob. Annahme obiger Anträge erwachsenden Kosten durch unsern Lokalfond bestritten werden. Weiter liegen Anträge vor, wonach die Gehaltsfrage der Berliner Verbandsbeamten neu geregelt werden soll.

Bernburg. Sonnabend, den 9. August, Stiftungsfest im Thieringer Hof. Anfang 8 Uhr. Karten sind zu haben bei dem Zeitungsträger à 50 Pfg.

Bielefeld. Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. August: Feier des 11. Stiftungsfestes. Sonnabend, den 16. August, Festaufführung im Sommertheater Rademacher, unter Mitwirkung des gesammten städtischen Orchesters: Egmont, Trauerspiel in 5 Akten von Wolfgang v. Goethe, Musik von L. van Beethoven. — Sonntag, 17. August, Vormittags 11 Uhr: Großes Frühchoppenkonzert im Stablisement Rademacher, ausgeführt vom gesammten städtischen Orchester (Kgl. Musikdirektor Traugott Dörs). Nachmittags von 4 Uhr ab: Festball in den Lokalen der Herren Arnheimer, Indiestel und Sittig. — Eintrittskarten zu allen Veranstaltungen sind im Bureau, Schulstraße 18, sowie bei sämtlichen Bezirkskassieren zu haben.

Brandenburg a. H. Sonnabend, den 9. Aug., Abends 8 Uhr in Mengerts Volksgarten Stiftungsfest mit Konzert, Verloosung, Musikregeln und Ball.

Cannstatt. (Feilenhauer.) Umschauen in Cannstatt, Stuttgart und Feuerbach verboten, Lokalgeldent 80 Pfg. für organisierte Kollegen Lud. Frey, Cannstatt, Fabrikstr. 31 a hinterhans, Werktag halb 7 bis 8 Uhr Abends, Sonntags von 11 bis 1 Uhr, ausbezahlt.

Dortmund. Bevollmächtigter: Heinrich Fleer, Fiedersstraße 5.

Dresden. (Werftarbeiter.) Sonntag, 10. August Eisenbahnfahrt nach Schmalenbach bei Ahrensburg, Hotel Hamburger Wald, Def. S. Jansen. Preis gegen 80 Pfg. für Herren und 40 Pfg. für Damen, Abends 11 Uhr 25 Min. retour. Preis der Karte für Herr und Dame 30 Pfg. Fahrkartenpreis à Person 90 Pfg. 2 Kinder 1 Pfg. Fahrkarten sind vom Festkomitee am Bahnhof zu haben.

Heidelberg. Lokalgeldent bekommen nur Ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte, die schon mindestens sechs Monate dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören.

Hirschberg. Jeden Sonnabend 8—11 Uhr Kassenabend im Gasthof zur Eisenbahn (am Bahnhof Rosenau).

Konstanz. Bevollm.: E. Schmitz. Kaffier: Adolf Niederberger.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhrabend bei Rochlitz, Müggelheimerstraße 2. Ebenfalls ist Verkehrslokal.

Lübeck. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Kollegen Janaged, Margarethenstr. 28, Mittags von 12—2 und Abends von 6—7 Uhr. Das Umschauen ist verboten.

Oberhausen (Rheinland.) Unser Verkehrslokal ist nicht mehr bei Hollender, sondern bei Peter Hermanns, Wirthschaft zur Krone, Ede Grenz und Lothringersstraße.

Schmalen. S.-M. Kaffier: Joachim Brigulla, Sammerstr. 24.

Siegen. Zwecks einer Revision sind die Mitgliedsbücher bei den Bezirksvertrantensleuten bezw. Zeitungs-Kolporteur abzugeben.

Siedlin. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei J. Voigt, große Ritterstr. 7. Organisierte Kollegen erhalten 1 Mk., Unorganisierte 30 Pfg. Umschauen streng verboten. Das gleiche gilt für Klempner und Rohrlieger.

Weißenfels. Kaffier: Franz Kühn, Kleine Reichstr. 20. Reisegebel Hochentags von halb 7 bis halb 8 Uhr Abends. Sonntags von 12—2 Uhr, Herberge zur Reichstrone. Lokalgeldent wird nicht gezahlt.

Der Metallarbeiter.
 Hilfs- und Nachschlagbuch für Dreher u. Schlosser.
 Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitrechnung u. Drehen größerer Gegenstände auf der Maudrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das löulisch Drehen mittelst Meißel u. Support, Gewinberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewinbetabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruiren von Zahnrädern, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch
Const. Haas, Köln-Ehrenfeld,
 Piusstraße 2a.
 1 Stück M 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,30, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freieemplar.
 Dasselbst zu beziehen: [44]
Der praktische Fabriksschlosser.
 Enthält Mittheilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer etc., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Ausführl. über Härten des Stahls. Das Löthen. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.
 1 Stück M 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 1,70, 2 St. M 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 13 M (bei 10 St. ein Freieemplar) bei freier Zusendung.

Double Lederhosen
 praktisch für Formen etc., von vorzüglicher Haltbarkeit mit festen Lederfalten, aus Wunsch Polstoffsacke, in silbergrau und dunkelbraun empfiehlt
W. A. Langer, Ober-Oderwitz, Sa.
 Eine Hose 1. Qual. 200 Schuß per Zoll, Dreibracht 4,60 Mk. 5.—. Eine Hose 2. Qual. 157 Schuß per Zoll Mt. 4,50 franko per Nachnahme. Angabe der Schrittlänge und Bundweite genügt als Maßstab zum tabellosen Sich. Bei Entnahme von 2 Stück gewähre 2% Sconto, bei 4 Stück und mehr 5% Sconto. [36]

Bibliothek des praktischen Wissens:

Verlag von Rich. Lipsinski, Leipzig, Langenstr. 27.	Mk.
No. 1. Witzich, Die Kunst der Rede	1,00
" 2. Pils, Das Ehe- und Familienrecht	0,75
" 3. " Das Vormundschaftsrecht	0,75
" 4. " Das Erbrecht und die Testamente	0,75
" 5. " Das Recht der unehelichen Kinder	0,75
" 6. " Hätwig, Die Rechte des Angeklagten	0,50
" 7. " Löwen, Die Rechte des Fälligen des Mieters	0,50
" 8. " Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung sowie Zwangsvollstreckung	0,60
Seidel, Der Achtstundentag 10 Pfg.	
" Die Handarbeit, der Grund u. Eckstein der harmonischen Erziehung u. Bildung 50 Pfg.	
Der organisierten Arbeiterschaft wird dieses Buch mit 30 Pfg. geliefert.	
Lipsinski, Merkblätter über das Recht im gewerblichen Arbeitervorhalmis 10 Pfg.	
Die Polizei in Preussen 75 Pfg.	
Das formelle Polizeirecht in Preussen 75 Pfg.	
Sauke, Lex Meiere, Stälisches, altes Sittliches 30 Pfg.	
Dr. Ebel, Mediziner u. Naturarzt 1 Mk.	
Peiß, Das lachende Schlesien, Gedichte, brosch. 1,75 Mk.	

Zur Maifeier und zum Jahreswechsel werden jedes Jahr neue Anschläge bez. Wunschkarten ausgegeben. Parlicbezug billig. Für Arbeiterfeste wird die Arbeiterbühne (Theatergesellschaft) fortwährend durch gute Stücke ergänzt. Theaterstücke anderer Verlage, Chöre-Lieder, Compiete, Duette in reichlicher Auswahl stets auf Lager. Anwesenheitsnachrichten an Verbandsauswah. Speckatataloge auf Wunsch gratis und franko

Die Buchdruckerei
 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma
ALEXANDER SCHLICHE & Co.
 empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller
Arbeiten in Buchdruck
 bei sorgfältiger Ausführung, schneller Berechnung und schnellster Bedienung.

Der fabrizirt Madelettsfäden? Demusterte Offerte für große Abnahmen erbeten. [76]
S. Wilking, Gütersloh.
 Nachricht über den Aufenthaltsort ihres Bruders Julius Japp, geb. zu Halle a. S., wünsch. Fel. Ida Japp, Braunschweig, Wallstraße 2, per Adresse: Klemann. [76]
 Der Schlosser Paul Schwamm, geb. am 26. 3. 71 zu Breslau, wird ersucht, seinen Aufenthalt anzugeben. Ortsverwaltungen, denen d. O. bekannt ist, werden gebeten, seinem Vater Aug. Schwamm, Breslau, Sobestr. (Gubersstr.) Nachricht zu geben. Unkosten werden zurückertattet. [77]
 Druck und Verlag der Friedrichschen Verlagsanstalt und Buchhandlung (G. m. b. H.) in Altona.

Wichtige Angelegenheit.
 Einem Befehl der Ortsverwaltung entsprechend, bitten wir hiermit die der nächsten Generalversammlung der Deutscher Metallarbeiter-Zeitung zur Beschließung bedingender Beiträge zum Zweck, damit die Mitglieder unserer Zeitschrift, die eine lebendige Partei in der deutschen Arbeiterbewegung, ist, mit Beiträgen zur Verfügung zu stellen.

Öffentliche Versammlungen.

Sergedorf. Mittwoch, den 6. August, Abends halb 9 Uhr im Lokale der Bw. Bandke (Feierburg). Bericht vom Eintragsort Gewerkschaftsangeh. Referent: Reichstagsabgeordneter v. Elm.
Freiburg i. B. Samstag, den 9. August im Storchentanne, Schiffsstraße. Referent: Bezirksleiter Friedrich-Karl-Schube

Gefordene.

In Erlberg der Reichenhaiden Gustav Bäumlle, 45 Jahre alt, Proletarierkrankheit. — In der Herdenheilstalt Neu-Kuppin der Klempner Paul Siedow, 37 Jahre alt. — In Kottbus der Schlosser Paul Anglisth, 33 Jahre alt, Proletarierkrankheit. — In Bielefeld der Schlosser Hugo Rife, Schwindsucht.

Privat-Anzeigen.
 Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Zeile beträgt 50 Pfg.
 Eine seit 30 Jahren im stillen Betriebe befindliche **Feilenhauererei** im Straie Niederwerra ist wegen Todesfall mit oder ohne Haus sofort preiswerth zu verkaufen. Offerten unt. J. K. 20 an die Exped. d. Bl. [79]
Tüchtige Formner auf mittlere Artikel gegen angemessenen Stundenlohn verlangen **Bertram & Dietrichs, Maschinenfabrik (G. m. b. H.)** Remscheid bei Bonn. [78]